

Ohne Preisfenkung kein Lohnabbau!

Ein Brief Brüning's: Das Programm der Regierung eindeutig festgelegt.

Auf ein Schreiben, in dem Abg. Weis namens der Sozialdemokratischen Partei Vorstellungen wegen der Gleichzeitigkeit der Lohnsenkungen mit den Preisfenkungen in der Notverordnung erhob, hat der Reichskanzler folgende Antwort erteilt:

Der Reichskanzler.

Berlin W. 8, den 12. Dezember 1931.

Sehr geehrter Herr Kollega!

Ihre gefälligen Zeilen vom heutigen Tage habe ich soeben erhalten und ich beziehe mich, sie bei ihrer Bedeutung sogleich zu beantworten.

Mit Ihnen bin ich durchaus davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den verhängnisvollsten Folgen sein würde.

Von dieser Auffassung war auch die Reichsregierung bei ihren letzten Entschlüssen befaßt. Den Niederschlag der Auffassung der Reichsregierung bitte ich aus der Einleitung der amtlichen Verlautbarung ersehen zu wollen, mit der die Reichsregierung am 8. d. M. die neue Notverordnung der Öffentlichkeit unterbreitet hat. In dem vorliegenden Absatz dieser Einleitung wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe.

In demselben Absatz heißt es dann weiter: „Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht überlebende Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich ver-

ändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Mit voller Absicht habe ich in dieser bedeutsamen Frage des Gesamtprogramms die

Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt.

So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Zuge der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ich übrigens schon wiederholt öffentlich gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei getroffen habe.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich

Ihr ergebener

gez. Dr. Brüning.

Nach dieser neuen Festlegung der Absichten der Reichsregierung wird es zur zwingenden Aufgabe aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen, mit allem Nachdruck auf die tatsächliche Durchführung der Preisfenkung zu wirken. Werden die Bemühungen um diese auch diesmal ohne Erfolg, so wird dadurch für Gewerkschaften und Partei eine völlig neue Lage geschaffen sein, die neue Entschlüsse zwangsläufig nach sich ziehen müssen.

Durchlenkung der Wirtschaft, nach Bilanzprüfung Rechnung getragen worden, in der Unfallversicherung können nunmehr die Bescherten in gewissem Umfang mitreden und die Forderung der Unternehmer nach berufsgenossenschaftlichem Aufbau der ganzen Sozialversicherung ist unerfüllt geblieben, ebenso wie ihr Verlangen nach Auflockerung der Tarifverträge und nach Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung. Voraussetzungen werden mir

fast einer Beseitigung der Tarifverträge auf der ganzen Linie Tarifsenkung bekommen. Das ist allerdings ein schlechter Trost, denn diese Senkung würde auf dem Niveau der Notverordnung aufgebaut sein.

Von den Schwierigkeiten, vor denen die Reichsregierung steht, macht sich die große Volksmehrheit keine rechte Vorstellung. Eine der Ursachen der besonderen Schwierigkeiten in Deutschland ist die Reparationslast, die wesentlich zur Erschütterung der Wirtschaft in der ganzen Welt beigetragen hat. Man sieht das allmählich überall ein, besonders auch in England, dessen Export durch die deutsche Reparationslast zerstört worden ist. Immer lauter wird der Ruf:

Schluß mit den Reparationen! Die Kriegsverwüstungen sind durch die bisherigen Leistungen Deutschlands bereits wieder gutgemacht.

(Lebhafte Zustimmung.) In voller Übereinstimmung mit der gesamten Arbeiter-Internationale haben wir schon immer die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden gefordert. Da brauchen nicht erst die Hitler-Beute zu kommen. Und für die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes hat sich unser Führer August Bebel vor mehr als 30 Jahren, als die meisten Nazis noch nicht geboren waren, mit den Worten eingeseht:

„An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten; das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeiner Fremdherrschaft zu beugen.“

Die Notverordnung hat der arbeitenden Bevölkerung wieder gewaltig schwere Lasten auferlegt. Dagegen kämpfen wir, aber eine faschistische Diktatur würde dem Volk mit blutiger Gewalt noch schlimmere Opfer aufzwingen. Wir wollen den Bürgerkrieg nicht heraufbeschwören, er liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, viel mehr liegt es in ihrem Interesse, die Schlacht, die wir in den letzten Wochen um die neue Notverordnung geführt haben, jetzt abzubrechen. Von dieser Schlacht kann man vielleicht auch sagen, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt. Die Unternehmer werden sich gewiß nicht als die Sieger fühlen. Aber selbst wenn wir die Geschlagenen wären, — in der Frage der Lohnsenkung sind wir es gewiß, — dann wäre auch das nur eine Befestigung der Worte Friedrich Engels: „Die ganze Geschichte der Arbeiterklasse stellt sich dar als eine ganz lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen nur von wenigen Siegen.“ Unsere Bewegung ist trotzdem groß und stark, die Niederlagen sind seltener geworden. Es wäre verneinlich, zu glauben, sie könnten ganz vermieden werden. Was wir jetzt in bitterer Not ertragen müssen, kann unsere Glauben an die Zukunft nicht schwächen und kann auch nicht das Vertrauen zur eigenen Stärke und zur Stärke der Organisation erschüttern, die dann eingeseht werden kann und werden muß, wenn nach all dem Jetzigen, auch vorübergehendem Druck und Zwang der Weg zur Freiheit und zum Fortschritt wieder offen liegt. (Stürmischer Beifall.)

Sodann nimmt das Wort der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion,

Rudolf Breitscheid:

Von der Juli-Verordnung sagte die Regierung, daß damit die Grenze des Möglichen für Deutschland erreicht sei, aber in der neuen Verordnung wird sie in bezug auf die Herabsetzung des Einkommens und die Einschränkung der Lebenshaltung noch stark überschritten. (Sehr wahr!) Es ist mehr als fraglich, ob die Absichten der Regierung durch diese Maßnahmen verwirklicht werden können. Wenn Hitler in seinem „Offenen Brief an den Reichskanzler“ sagt, daß durch diese Notverordnung der Weihnachtstfrieden des deutschen Volkes beträchtlich vermindert werde, so habe ich den Eindruck, daß dieser Weihnachtstfrieden ohnehin stark beschränkt ist durch die Worte und Handlungen des Hitlerlagers. (Sehr gut!) Es ist allerdings höchste Zeit, das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte wiederherzustellen, worauf wir immer gedrängt haben, weil wir wissen, daß Defizite der öffentlichen Haushalte immer in erster Linie zu Lasten des arbeitenden Volkes ausschlagen, denn sie verleiten dazu oder bieten die Möglichkeit, dieses Gleichgewicht im letzten Augenblick herzustellen mit Hilfe von Maßnahmen, die nicht sozial sind, seien sie inflationistisch, seien sie eine Kürzung der Sozialausgaben.

Wenn wir in diesem Rechnungsjahr

mindestens 2 Milliarden Mark für die Arbeitslosenunterstützung aufwenden haben, so zeigt diese Zahl doch auch, was in der demokratischen Republik für die arbeitenden Massen erreicht wurde.

Freilich reichen alle Ausgabenentsetzungen samt der starken Erhöhung der Umsatzsteuer nicht aus zur Deckung eines Reichsdefizits von rund 4 Milliarden. Infolge des Rückganges der Steuereinnahmen wird das nächste Rechnungsjahr noch schlimmer werden. Der deutsche Gesamtexport ist im November um 130 Millionen, der Ausfuhrüberschuß von 306 auf 266 Millionen zurückgegangen. Dazu kommt, daß England vor Einführung seiner Schutzzölle sich stark mit deutschen Waren versorgt hat und daß die Schweiz den Handelsvertrag mit uns kündigt, nachdem Deutschland vielleicht nicht ganz richtig gehandelt hat.

Unverkäuflich ist der Versuch, die Schäden, die uns durch Valutasenkung und Zollsteigerungen erwachsen sind, durch Lohnherabsetzung in Deutschland auszugleichen.

Was soll ein Lohnabbau um 10 oder 15 Proz., was nur ein kleiner Teil der Produktionskosten ist, gegenüber einem 30- bis 35prozentigen Wertverlust ausländischer Währungen und einer englischen Zollherabsetzung um 30 Proz. bewirken? (Sehr wahr!) Durch die deutschen Maßnahmen werden nur Gegenmaßnahmen des Auslandes hervorgerufen und die Stabilisierungsabsicht der fremden Staaten hinausgeschoben. Es ist um so notwendiger, alle Kraft an die internationale Verständigung zu legen.

Die Beamtengehälterstürzungen kann man wohl mit dem allgemeinen Grundgesetz rechtfertigen, daß

jeder in seiner Existenz Gescherte beitragen muß, die Erwerbslosen vor dem Schlimmsten zu schützen.

Wenn nun wirklich Beamte in größeren Scharen zu den Hakenkreuzern gehen, so dürfen das Leute sein, die sich schon immer wie die Sonnenblume der aufgehenden Sonne zugewendet haben, die 1918/19 zu uns kamen, von denen sie damals das Himmelreich erwarteten. (Sehr gut!) Die Lohnreduzierung auf den Stand vom Januar 1927, genau nach dem Programm der Unternehmer, bedeutet

in Wahrheit den Abbau auf 1925, denn infolge der Krise von 1926 sind damals keine Erhöhungen erfolgt. Diese erfolgten erst im Laufe des Jahres 1927. Die verschlechterten Tarifverträge sollen aber bis 1932 gelten. Das ist eine sehr bedeutende Verletzung des Prinzips des Tarifrechts. Unbedingt muß der Lohnabbau von einem entsprechenden Preisabbau abhängig gemacht werden. In dieser Beziehung ist das Schreiben wichtig, das der Reichskanzler an Otto Weis gerichtet hat. (Breitscheid verliest dieses Schreiben, das wir an anderer Stelle veröffentlichen, und fährt fort:) Partei und Gewerkschaften werden den Reichskanzler immer wieder und bei jeder Gelegenheit an diese Festlegung erinnern und dafür Sorge tragen, daß das nicht Worte bleiben, die auf geduldigem Papier geschrieben sind, sondern daß sie in die Tat umgesetzt werden.

Statt einer künftigen Kontrolle der Privatmonopole und ihrer Preispolitik bestimmt die Notverordnung, daß die jetzt aufgehobenen Bindungen nach Durchführung des vorgeschriebenen Preisabbaues wieder unverändert in Kraft treten. (Hört, hört!) Die zehnprozentige Senkung der Friedensmiete bedeutet für die Berliner Mietwohnungen nur 7½ Proz. Der amtliche Wohnungsbedarf ist vom Januar 1927 bis Oktober 1931 von 108 auf 182 gestiegen, es wird also

die Lohnsenkung durch die Mietenfenkung längst nicht ausgeglichen.

Die Mietenfenkung in Neubauten richtet sich nach der Erleichterung der Hypotheken, macht also nur bei stark verschuldeten Hausbesitzern etwas aus, während die mit niedrig verzinslichen Hauszinssteuermitteln erbauten Wohnungen überhaupt nicht verbilligt werden. Der Redner stellt dann bei Besprechung der Schutzpolitik einige Preise gegeneinander:

die Tonne Weizen kostet in Berlin 212 Mark, auf dem Weltmarkt 89,50 Mark, die Tonne Roggen 191 (80,80), Gerste 149 (85), Hafer 136 (69), Mais 155 (60) Mark. Deutscher Zucker kostet ohne Steuer in Magdeburg der Feinsten 20,20 Mark, Hochschlowski'scher Zucker in Hamburg 5,70 Mark.

Unsere Forderungen nach Preisfenkung gerade der landwirtschaftlichen Produkte sind in der Hauptsache unberücksichtigt geblieben.

Die Preisfenkung soll durch die zwangsweise Zinsherabsetzung ermöglicht werden, was vielleicht ein gewisses Zugeständnis an die Kapitalisten von der „Vredung der Zinseknechtschaft“ sein, aber doch auch eine Erfassung arbeitslosen Einkommens darstellen soll. Doch kann in der kapitalistischen Wirtschaft eine Wendung zu kurzfristigen Krediten die Folge sein, deren Gefährlichkeit ausreichend bekannt ist. Viel nützlicher und wichtiger wäre die Verwirklichung unserer Forderung nach planmäßiger und vernünftiger Beilegung der Kapitalströme und die Stärkung des inneren Marktes, die allein auch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöhen kann.

Das Prinzip von der Heiligkeit privater Verträge

Ist mit dieser Notverordnung von einer bürgerlichen Regierung endgültig ausgegeben worden. Als Sozialisten haben wir uns diesen Präzedenzfall gut zu merken. Aber dieser formal-sozialistische Charakter der Verordnung ist natürlich nicht zu verwechseln mit wirklich sozialistischen Maßnahmen, mit denen die Notverordnung nichts zu tun hat. Inumerlin bringt diese Notverordnung wenigstens keine direkte Verschlechterung für die Erwerbslosen, im Gegenteil, durch Mietenfenkung und Preisfenkung eine Besserung für gewisse Klassen der Arbeitslosen, und der Eingriff bei der Unfallversicherung ist verhältnismäßig geringfügig.

Trotz unserer Gegnerchaft gegen viele Bestimmungen der Notverordnung haben wir heute im Kabinettsrat gegen die alsbaldige Einberufung des Reichstages gestimmt, und wir halten unsere bisherige politische Linie auch nach dieser Verordnung zunächst inne. Unter normalen Verhältnissen würden wir den meisten Bestimmungen dieser Verordnung unsere Zustimmung nicht geben, aber die Verhältnisse sind eben nicht normal.

Das ganze Regieren mit Notverordnungen ist nach unserer grundsätzlichen Stellung auf demokratischem Boden unzulässig, aber gerade im Interesse des Parlamentarismus und der Demokratie mußte dazu gegriffen werden.

Schuld daran sind nicht wir, sondern die Wähler vom 14. September 1930, sie haben es dahin gebracht, daß links und rechts im Reichstag große Parteien sitzen, die den Parlamentarismus grundsätzlich verneinen und bekämpfen, während er nur leben und arbeiten kann, wenn er von den Parteien des Parlaments bejaht wird. So ist die Regierung auf diesen Weg gedrängt worden, der uns hauptsächlich darum so wenig gefällt, weil sich immer wieder

herausgestellt hat, daß Notverordnungen immer schlechter sind als die im Plenum und den Ausschüssen weit besser vorbereiteten parlamentarischen Gesetze. Fände sich im Reichstag eine Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung, so wäre der Rücktritt der Regierung möglich. Es ist aber zur Zeit keine Regierung denkbar, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und unseren Auffassungen über die Möglichkeit, die Wirtschaftskrise zu mildern, entsprechen würde. Eine solche Regierung gibt es in diesem Reichstag nicht, kommen würde eine Rechtsregierung, von der wir bestimmt nicht bessere Maßnahmen für das arbeitende Volk zu erwarten hätten, bei der wir uns vielmehr auf die Mittel der Autarkie, auf irgendwelche Arten von Inflation usw. gesetzt machen müßten. Noch wahrscheinlicher wäre die Auflösung des Reichstags und der sofortige Wiedererlaß der Notverordnung, wie im Juli 1930. Sie bliebe dann über die Monate eines Wahlkampfes in Kraft, dessen große Schädlichkeit für die deutsche Wirtschaft wie für Deutschlands Verhältnis zum Ausland außer Zweifel stehen.

Tolerierungspolitik bedeutet eigentlich etwas Leidendes und Inaktives, aber

indem wir das Kabinett am Leben erhalten haben, sind wir nicht nur der leidende Teil und nicht inaktiv gewesen, sondern haben jede Möglichkeit benutzt, innerhalb und außerhalb des Parlaments die Massen zum Kampf für ihre Interessen und gegen den drohenden Faschismus aufzurufen.

Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm des Faschismus ist so unklar und nebulös, daß es nur Vermutungen herorrufen und einen neuen unendlich schweren Druck auf die Arbeiterklasse bringen würde, von dem sie sich um so schwerer befreien könnte, als der Faschismus in der Regierung auch über die Staatsmacht verfügen würde. Während er heute Pressefreiheit verlangt, würde er jede Kritik und Meinungsfreiheit brutal unterdrücken.

Gewiß hat unsere Politik große Opfer von uns verlangt und die Arbeiterklasse hat noch größere Opfer bringen müssen, als wir vielleicht bei der Einleitung dieser Politik angenommen haben. Aber es ist doch manches erhalten worden von dem, was sonst zerstört worden wäre. (Sehr wahr!) Man braucht nur die Leistungen der Sozialversicherung in den Jahren 1913 und 1930 zu vergleichen, um den Fortschritt zu erkennen. Wir sollten uns hüten, bei all unseren Forderungen nach Verbesserung das Erreichte zu unterschätzen. (Zustimmung.)

Gewiß kann eine Bewegung, wie die der Hitlerleute, ohne Theorie und ohne Programm, nicht allzu lange bestehen, ihr Zerfall ist unvermeidlich, wenn sie erst an der Macht ist. Aber es wäre höchst gefährlich für die Arbeiterbewegung, sie zu diesem Zweck an die Macht zu lassen.

Nichts wäre uns angenehmer, als wenn sich die politischen Auseinandersetzungen ausschließlich im Parlament vollzügen, nicht wir haben mit Gewalt, Einschüchterung und Terror angefangen.

Ganz besonders danken wir unseren Reichshannertameraden, die den Abwehrkampf führen, die ihr Leben in die Schanze schlagen für die demokratische Republik

und die wir mit allem Nachdruck unterstützen, am besten, indem keiner von uns in diesem Abwehrkampf untätig bleibt. (Lebhafte Beifall.)

Auf unsere Mahnungen zur Energie hat die Reichsregierung uns gesagt, das Bürgertum sei desaktivistisch und fatalistisch. Daran aber ist nur die mangelnde Energie der Reichsregierung gegen die Faschisten schuld. Endlich hat ja der Reichskanzler energische Worte gesprochen, die Regierung braucht nur tatkräftig gegen diesen Schalten des Faschismus aufzutreten, um ihn zu zerstören. Dann wird auch der Defatismus und Fatalismus verschwinden. Für uns aber gilt es, einzig und geschlossen zusammenzusehen in der Abwehr und weiterzubauen an den sozialistischen Zielen in der kapitalistischen Festung, mit deren Hilfe wir, sobald wir stark genug dazu sind, den ganzen Bau erobern werden. (Stürmischer Beifall.)

Das Schlusswort hält der Parteivorsitzende

Otto Wele:

Wir alle hören den Schrei des Volkes nach Arbeit und Brot. Aber wir hören auch den Knurren auf die Republik, deren Bestehen die Voraussetzung unserer Arbeit ist. Wir wissen, was die Feinde der Republik dem arbeitenden Volk bringen wollen: die Geißel des Fronvogtes, die Kette des Sklaven. Dem Bettelsockel schwingen sie, wie einst die Söldlinge der Feudalen, um die Arbeiterklasse in den Sold ihrer Feinde zu zwingen, indem sie sich heuchlerisch als Freunde des Volkes gebärden. Dort in Tirat, in der Stadt Balthers von der Vogelweide, hat es ein deutscher

Verkehrstarife gesenkt 5 Pfennig billiger bei Straßen- und U-Bahn

Der Aufsichtsrat der BVG. beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Tarifsenkung und beschloß, den § 4 des Kapitels 2 des ersten Teils der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durchzuführen, um von der BVG. die angestrebte Preisreduzierung mit größtem Nachdruck zu fördern. Die BVG. beantragte daher beim Reichskommissar für Preisüberwachung, die Beförderungsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1932 dauernd ganz zu erlassen und erklärte sich gleich bereit, von diesem Zeitpunkt ab die Tarife unter Berücksichtigung der in der Notverordnung getroffenen Maßnahmen in sehr erheblichem Umfang zu senken. Die Beförderungsteuer belastet die BVG., Straßenbahn und U-Bahn zur Zeit mit 5,7 Millionen Mark, darüber hinaus wären für Senkungszwecke 7,8 Millionen Mark verfügbar. Unter der Voraussetzung, daß der Reichskommissar dem Antrag auf Befreiung von der Beförderungsteuer stattgibt, werden daher auf die Dauer der Auswirkungen des § 4 die Tarife der BVG. mit Wirkung vom 31. Dezember 1931 wie folgt neu geregelt:

Der Preis des einfachen Fahrscheins für Straßenbahn und Untergrundbahn wird von 25 auf

20 Pfennig herabgesetzt. Der Preis für den Omnibusfahrchein bleibt wie bisher bei 25 Pfennig. Der Umsteigefahrchein für die Straßenbahn und Untergrundbahn wird von 30 auf 25 Pfennig herabgesetzt. Der Preis für den Umsteigefahrchein beim Omnibus bleibt wie bisher bei 30 Pfennigen. Der Preis für den Reichsbahnübersteigefahrchein wird von 40 auf 35 Pfennig ermäßigt. Der Schülerfahrchein behält den Preis von 15 Pfennigen. Der Preis der Sammelkarte für fünf Karten bei der Straßenbahn oder Untergrundbahn wird von einer Mark auf 95 Pfennig herabgesetzt. Von den Zeitkarten wird der Preis für die Schülermonatskarten von 6 auf 5,50 Mark ermäßigt. Die Preise der übrigen Monatskarten bleiben bestehen.

Beförderungsteuer muß fallen.

Die Senkung der Fahrpreise um 5 Pf. ab 1. Januar bedeutet für die BVG. einen Einnahmefall von rund 14,5 Millionen Mark für das kommende Jahr. Die Restsumme soll ausgeglichen werden durch den Wegfall der Beförderungsteuer, die die Stadt bisher an das Reich abführen mußte und

durch den Abbau der Löhne und Gehälter bei den Arbeitern und Angestellten, der nach der Notverordnung 10 Proz. beträgt. Wie schwer dieser neue Lohnabbau den einzelnen Arbeitnehmer der BVG. trifft, mag die Tatsache zeigen, daß die Lohnsenkung zum Beispiel bei den Straßenbahnern im Durchschnitt 12 Pf. pro Stunde ausmacht. Der Aufsichtsrat verknüpft mit dem Vorschlag der Tarifsenkung den Antrag an den Reichsfinanzminister, die Beförderungsteuer zukünftig der Stadt gänzlich zu erlassen. Die Niederlegung der Steuer muß erfolgen, weil sonst die Verkehrsverbilligung einfach undurchführbar ist. Die Verbilligung wird zweifellos von der berufstätigen Bevölkerung lebhaft begrüßt werden. Dabei wird die Herabsetzung des Preises für den Umsteigefahrchein, der zukünftig bei Straßenbahn und U-Bahn 25 Pf. kostet, vielleicht eine noch größere Rolle spielen als die Senkung des Preises für den Einzelfahrchein, der ja durch die Einführung der Sammelkarte schon bei dem jetzigen Tarifsystem praktisch auf 20 Pf. herabgedrückt war. Die Sammelkarte wird zukünftig 95 Pf. kosten und, wie bisher, zu fünf Fahrten berechnen. Diese so schnell populär gewordene Karte wird zukünftig nur noch wenig verlangt werden, weil sie nur noch eine Verbilligung um 1 Pf. pro Fahrt bedeutet, während man bisher 5 Pf. pro Fahrt sparen konnte. Mit der Preisreduzierung ist die empfindliche Verteuerung wieder aus der Welt geschafft, die die Tarifsenkung der Berliner Bevölkerung am 1. September brachte. Erfreulich ist auch, daß der Preis für den Umsteiger zur Reichsbahn, der bisher mit 40 Pf. besonders hoch bezahlt werden mußte, um 5 Pf. heruntergesetzt worden ist.

Doch Calmette-Verwechslung? Lodesbazillen aus der Berliner Charité.

Lübeck, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Calmette-Prozess machte der Sachverständige, Professor Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsamt Berlin, am Mittwoch die sensationelle Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, den Kieler Stamm in den Fäkalien aus dem Material der Lübecker Kinder zu identifizieren. Seine technische Assistentin habe ihm schon vor einiger Zeit auf besondere Merkmale, die sich beim Kieler Stamm beobachtet habe, hingewiesen. Die aus den Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen hätten auffallend ähnliche Merkmale gezeigt.

Durch die Untersuchung Professor Ludwigs Langes soll der Beweis erbracht sein, daß die aus Kiel bezogenen menschlichen Tuberkelbazillen durch Verwechslung in den in Lübeck verabreichten Impfstoff gelangt sein müssen. Die Feststellungen Professor Ludwigs Langes wurden von Professor Hahn bestätigt, der auf Grund eigener Untersuchungen zu dem gleichen Ergebnis gelangt sein will. Auch Professor Bruno Lange äußerte sich in dem gleichen Sinne und erklärte: Die einzige pathogene Tuberkelbazillen-Kultur, die zur Zeit der Impfung im Lübecker Laboratorium vorhanden war, stammt aus der Charité in Berlin und ist von Beginn ihrer Züchtung an bis heute im Institut Robert Koch sehr genau untersucht worden. Dieser vom Institut Robert Koch seinerzeit nach Kiel und von hier aus nach Lübeck abgegebene Tuberkelbazillen-Stamm zeigt sowohl hinsichtlich seines Wachstums auf künstlicher Kultur wie auch hinsichtlich seines Verhaltens im Tierkörper eine auffallende Ähnlichkeit mit den aus Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen.

Der Reisequittchein als Geschenk.

Die Reichsbahn hat in Verbindung mit dem Mitteleuropäischen Reisebüro eine neue Idee durchgeführt: Man kann jetzt einen Reisequittchein schenken, der innerhalb eines Jahres für jede beliebige Reise von jedem RRK-Reisebüro (bzw. RRK-Betreiber) in Zahlung genommen wird. Nicht nur in den Reisebüros, sondern auch von den Fahrkartenausgaben der größeren Bahnhöfe werden diese Reisequittcheine ausgegeben.

Beinahe wie in früheren Jahren

Ganz Berlin ist überfüllt mit kleinen und großen Weihnachtsverkäufern; der Andrang von Gelegenheitshändlern ist größer als in den vergangenen Jahren. Mancher Erwerbslose glaubt, in diesen Tagen ein paar Mark verdienen zu können. Besonders stark sind die Kinder vertreten. Auf dem Alexanderplatz konnte man am Abend 20 bis 30 Kinder zählen, die mit ihren blaffen Hungergesichtern an die Kaufkraft der Erwachsenen appellierten. Aber die Ausbeute ist nur gering. Durchweg hat sich der Straßenverkäufer auf praktische Gebrauchsgegenstände eingestellt: Haushaltsartikel, und kleine Wertgegenstände. Das Spielzeug tritt zurück. Es sind durchweg nur billige Waren, die angeboten und bestenfalls auch begehrt werden. Hin und



Buden auf dem Weihnachtsmarkt

wieder erhält freudiges Lachen auf dem Weihnachtsmarkt, wenn Kinder dem „Mann mit der Widnmaus“ lauschen ...

Familie Loriot

Roman von Eise Möbus

Kallos stand der Schuldner. Kam denn heute niemand zur Aufsicht? Es waren doch schon fünf Minuten seit dem Läuten verstrichen! Na, endlich, es wurde wirklich Zeit!

Fräulein Loriot schritt eilig heraus, um im nächsten Augenblick erstarrt stehen zu bleiben. Der Schuldner rief sich die Hände, na, nun würde sie hoffentlich tüchtig dazwischenfahren. Mühsam bahnte er sich den Weg durch die laut schreienden, lachenden, herumtanzenden Mädchen. Er würde ihr schon helfen, wieder Zucht hereinzukriegen.

Aber was war denn das? Sah er recht? Die lachte ja noch dazu, das war doch nicht möglich. Ja, sie lachte aus vollem Halse, hell und vergnügt, daß man es wie weh wie weit hörte! Aber dann brach sie plötzlich mit einem roten Blick hinauf zu den Fenstern ab und trat auf eine Gruppe zu. „Kinder“, sagte sie, „heißt mir um Gottes willen, die Gesellschaft einigermassen in Ordnung zu kriegen!“

Und zu einigen anderen, die sie fast umgerannt hätten: „Ihr wollt wohl, daß ich morgen irgendwohin strafverlegt werde! Einen Küffel kriegt ich sowieso — ich habe doch diese Woche die Verantwortung hier!“

Und der staunende Schuldner erlebte tatsächlich am hellen Tage, zwischen 11 und 12 Uhr normittags, ein Wunder. Der Orkan ebte ab, schreiende, tobende, brüllende kleine Teufel verwandelten sich in manierliche, süßame junge Mädchen. Da und dort slog zwar noch ein Schneeball, hier und da stieß man sich aus der Reihe, aber im ganzen gesehen, wandelte im Schulhof, ordnungsgemäß von einer Lehrerin überwacht, die höhere Mädchenschule, so wie man es von ihr erwarten durfte, Klassenweise, in Biererreihen und hintereinander, die Kleinsten vorn, die Großen am Schluß, so, wie es sich gehörte.

Arm in Arm mit einigen jungen Mädchen, ein Bild des Friedens, wandelte Germaine inmitten ihrer Schülerinnen. „Das vergesse ich euch nicht“, sagte sie leise. „Kein Feldwebel hätte es besser fertig gekriegt, wie ihr! Und heut nachmittags komme ich auf die Eisbahn! Da zeige ich euch,

wie man Achter fahren lernt, und zum Schluß machen wir eine Schneeballschlacht!“

Vorsichtiges Händeklatschen und gedämpfter Jubel um sie her war die Antwort.

Nach dem ersten Läuten, dem Zeichen der Beendigung der Pause, wurde rasch das Papier aufgehoben, das einige unordentliche Elemente trotz der Ermahnungen, die von Zeit zu Zeit durch die Klassen geschickt und vorgelesen wurden, auf den Boden geworfen hatten, dann ging es im Gämsmarsch zurück in die Klassenzimmer.

Auch Germaine stieg inmitten ihrer Schar die Treppe zum dritten Stockwerk empor, in schiefer Stille und musterhafter Ordnung. Höflich knickend, respektvoll grüßend, ging man an dem Direktor vorüber, der am Geländer lehnte und den Gruß freundlich erwiderte.

„Ach muß Ihrer Klasse wirklich ein Lob für ihr Benehmen aussprechen, Fräulein Doktor Loriot“, sagte er so laut, daß die jungen Mädchen es hören konnten. „Auch in den kleinen Pausen, im Schulzimmer — immer sind sie ruhig und gesittet. Und doch behandeln Sie die Kinder anscheinend gar nicht streng, wie?“ fügte er hinzu, während die letzten der Klasse in ihr Schulzimmer gingen und leise die Tür schlossen.

„Manchmal ist es leider nötig, auch Strenge anzuwenden, Herr Direktor“, erwiderte Germaine mit erstem Lehrentgegengesicht. „Zum Beispiel heute in der Pause — sie wollten zu gern herumtollen und sich mit Schneebällen werfen, anstatt zu promenieren — da mußte ich leider energisch eingreifen. Aber sonst verfuhr ich stets, alles mit Güte zu erreichen, soweit es nur irgend möglich ist.“

„Ja, das habe ich schon von verschiedenen Seiten gehört“, erwiderte der Direktor. Auch der Elternbeirat betont immer, daß Sie sehr zeitgemäß unterrichten. Um so mehr freue ich mich über Ihre straffe Disziplin!“

Es läutete zum zweitenmal, das Zeichen zum Beginn der Stunden.

Eilig wollte sich Germaine entfernen. Aber der Vorleser hielt sie zurück.

„Nur nicht zu eifrig, Fräulein Loriot“, sagte er lächelnd, „ich habe noch was für Sie! Sie wissen, wir haben einen Fonds an englischem Geld für unser Kollegium, der jedes Jahr eine bestimmte Summe für eine Reise nach London und Oxford auswirft. Ich werde vorschlagen, daß Sie als erste nach dem Krieg in diesem Jahr hinüberfahren — es ist Ihnen doch recht?“

Germaine sah ihn ungläubig und überrascht an. „In den Ferien nach England — ich? Aber das ist ja überhaupt

das herrlichste, was ich mir denken kann! Ich weiß gar nicht, was ich sagen und wie ich Ihnen danken soll ...“

„Danken Sie lieber unserem Stifter, daß er das Geld auf der englischen Bank und nicht in Deutschland angelegt hat — sonst wäre es längst entwertet und Ihre Englandreise wäre nie zustande gekommen! Allerdings — ich weiß nicht, wie die Stimmung jetzt drüben ist — sie soll immer noch sehr gehässig gegen Deutschland sein. Aber Sie als junge Dame haben wohl nicht zu fürchten, gegen Sie wird man sich hoffentlich gentlemanlike betragen, auch wenn Sie Deutsche sind! — Aber nun sagen Sie mir noch rasch: Wie geht es Ihrem Bruder? Ihre Frau Mutter jagte mir neulich, es seien Komplikationen eingetreten ...?“

„Es hat sich alles gegeben“, erwiderte Germaine. Allerdings hat es sich erbedlich verzögert, bis man ihn entlassen konnte — er ist fast ein Vierteljahr in der Klinik ... Aber seit 14 Tagen haben wir überraschend gute Nachrichten bekommen, und wir erwarten ihn heute oder morgen gesund zurück. Es ist ein großes Glück! Und nun noch diese Freude ...“

Der Direktor lachte. „Ja, wenns kommt, denn kommts to Hopen, sagt schon Friß Reuter, 's ist mit der Freude so wie mit dem Unglück! Aber nun will ich Sie nicht länger Ihrem Unterricht entziehen!“

12 Uhr. Fertig für heute! Froh lief Germaine die breiten Schultreppen hinab. Da und dort hörte man das taktmäßige Sprechen im Chor, das aus einer schlecht schließenden Tür klang:

„Sechs mal sechs ist sechsunddreißig, sieben mal sechs ist zweiundvierzig ...“

„Na, jetzt von zwölf bis eins Rechnen, in der letzten Stunde, wo die Kinder müde waren, viel Vergnügen!“

Aus dem ersten Stockwerk schlug heller, kräbender Gesang der Kleinen herauf: „Winter ade, Scheiden tut weh ...“

„Na, das war schon besser, als jetzt Einmaleins zu drillen. Vergnügt lachte Germaine vor sich hin. Am liebsten hätte sie sich auf das Treppengeländer gesetzt und wäre heruntergerutscht, wie sie es als Kind so oft daheim getan hatte! Sie war so glücklich — irgend etwas mußte sie heute anstellen! Aber eine auf dem Treppengeländer herabfallende Lehrerin der höheren Mädchenschule — nein, das gab es einfach nicht, konnte es, durfte es nicht geben, wenn die Gesellschaft, der Staat, die ganze Welt nicht zugrunde gehen sollte! Und dann fehlte bloß noch, daß sich eine dieser Türen öffnete, daß Fräulein Bergmann oder Herr Doktor Wendling heraustrat — nein, es war einfach nicht ausgedenkt. (Fortf. folgt.)

Skarefs Drakeldiva erkrankt.

Am Montag der Stadtbaukomplex.

Im Skaref-Prozess steht nach neunwöchiger Verhandlung die Beweisaufnahme zum Fall der RBG. vor dem Abschluss. Am Freitag werden die letzten vom Gericht geladenen Zeugen zu diesem Komplex vernommen. Aber außer diesen noch dreizehn weiteren von der Verteidigung beantragte Zeugen. Auch mit diesen hofft das Gericht im Laufe eines Tages fertig zu werden, um am Montag mit dem Stadtbaukomplex zu beginnen. Man sieht also: der Skaref-Prozess ist ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wenn es so weiter geht, hofft man in zwei Monaten fertig zu werden.

Gestern beschäftigte sich das Gericht noch einmal mit den Qualitäten der Skarefschen Waren und ihren Grundstückskäufen. Der Verwaltungsdirektor des Städtischen Waisenhauses Holz fundete, daß Oberbürgermeister Böhm eine Verfügung erlassen habe, daß nur von Skaref gekauft werde. Der Zeuge habe sich aber an diese Verfügung nicht gehalten; die Skarefsche Ware war ihm zu teuer, er habe auch sonst mit ihr schlechte Erfahrungen gemacht. Als Max Skaref eines Tages einige tausend Mark für die Waisenkinder stiften wollte, erklärte ihm der Zeuge, er würde von ihm auch nicht 10 000 Mark entgegennehmen, wenn er dafür schlechte Ware in Kauf nehmen möchte. Ein Angefallener, der von einem Skaref-Berzireter ein Darlehen in Höhe von 200 Mark erhalten hatte und einen Mantel dazu, ist von ihm entlassen worden.

In dem Komplex „Grundstücksverkauf“ waren die Aussagen des Stadtrats Reuendorf von Bedeutung. Im Gegensatz zu seinen Aussagen in der Voruntersuchung entlastete er diesmal den Bürgermeister Schneider als auch den Stadtrat Degner. Belastend waren dagegen für Schneider die Befundungen des Stadtrats Dr. Gordan vom Bezirksamt Mitte. Er hatte den Eindruck, daß die persönlichen Beziehungen des Bürgermeisters Schneider auf seine dienstliche Tätigkeit abwärts. Stadtrat Gordan legte übrigens dem Gericht Akten des Bezirksamts Mitte vor, aus denen hervorging, daß die Anwürfe des Angefallenen Schneider in der letzten Sitzung gegen den Zeugen Stadtrat Hermann vollkommen grundlos waren. Schneider hatte behauptet, daß Hermann nur durch die Stimmhaltung des deutschen nationalen Bezirksverordneten Börner zum unbesoldeten Stadtrat gewählt worden sei; Börner habe dann durch ihn ein Darlehen in Höhe von 3000 M. erhalten. In Wirklichkeit hat aber Börner das Darlehen durch den Stadtrat Bösel erhalten; Hermann ist zu jener Zeit in Ferien gewesen und hatte mit der ganzen Darlehensangelegenheit nichts zu tun. Amtsgerichtsrat Dr. Rehner stellte fest, daß Schneiders Vorwürfe unzutreffend seien.

Große Enttäuschung löste die Mitteilung aus, daß Max Skarefs Wahlagerin und treue Gefährtin, Frau Seidler, bei seinen geschäftlichen Manipulationen derart schwer erkrankt sei, daß sie höchstens zu Hause vernommen werden könnte. Nächste Verhandlung Freitag 9 Uhr.

Für 30000 Mark Juwelen geraubt.

Einbruch in ein Antiquitätengeschäft.

Ein großer Einbruch wurde in der Nacht zum Mittwoch in ein Antiquitätengeschäft von einer noch unbekanntem Diebeskolonne ausgeführt. Die Einbrecher drangen in das Geschäft der Frau Margarete Sulman in der Reuen Wilhelmsstr. 8 ein. Sie mußten mit den Einzelheiten der Verlichkeit genau vertraut gewesen sein.

Von der Gartenseite her, dem Bauerischen Grundstück, schlichen sie sich an das Haus heran und kletterten in das erste Stockwerk ein. Von einem leerstehenden Zimmer aus durchdrangen sie die Decke. Die Stelle, die die Einbrecher zum Durchbruch wählten, bildete früher die Mündung einer Treppe, die vor vielen Jahren abgerissen worden war. Das Loch war nur mit einer dünnen Schicht von Holz, Mörtel und Kehr verkleidet worden. Die Einbrecher mußten diese Stelle genau gefast haben. Wenn sie an einer anderen Stelle des Fußbodens zum Durchbruch angeht hätten, würde die Arbeit mindestens zehn Stunden in Anspruch genommen haben. Das Haus in der Reuen Wilhelmsstr. 8 steht etwa 200 Jahre und hat gewaltige Decken und Wände. Im Laden haben die Einbrecher arg gehaust. An den Geldschrank haben sie sich nicht herangewagt. Sie wählten die Taschen in den Schränken und Büchsen. Das wertvollste Stück, das ihnen in die Hände gefallen ist, ist der Gemmenschmuck der früheren Kaiserin, der aus Rubin, Broche, Armband, Ringen usw. besteht. Außer diesen Stücken erbeuteten die Einbrecher etwa 100 Paar antike Ohringe, 20 antike Armbänder, 35 goldene Ringe mit Diamanten besetzt usw. Der Wert der Beute beträgt etwa 30 000 Mk. Die Einbrecher, die unerkannt entkommen sind, hatten von innen die Ladentür aufgebrochen.

Beruchungsflugzeug abgestürzt.

Der Pilot getötet.

Am Mittwochvormittag ereignete sich im Wasserflughafen Lübeck-Travemünde ein schweres Flugzeugunglück. Ein Wasserflugzeug mit der Zulassungsnummer D. 2176 vom Typ H. D. 60 stürzte bei einem Probeflug aus einer Höhe von 500 bis 600 Meter ab. Der Pilot, Karl Wiborg, der die Maschine steuerte, konnte nur noch als Leiche unter den Trümmern der Maschine geborgen werden, die vor einer Flugzeughalle auf den Asphaltboden anschlag und völlig zu Bruch ging.

Die Maschine, ein Zweischwimmer-Beruchungsflugzeug, das dem Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie gehört, stieg in den Vormittagsstunden zu einem Probeflug auf. In etwa 500 bis 600 Meter Höhe ging der Pilot zu einem Steilflug über. Diese Beanspruchung war für die Maschine anscheinend zu groß, denn die auf dem Flugplatz befindlichen Zuschauer bemerkten plötzlich, daß sich die Flügel vom Rumpf lösten und die Maschine abstürzte. Man nimmt an, daß sich die Verformungen der Tragflächen gelöst haben und dadurch das Unglück herbeigeführt wurde.

Gilgüterabfertigung am goldenen Sonntag.

Auf den Berliner Innenbahnhöfen (Anhalter, Potsdamer, Hamburger, Lehrter Bahnhof, Spreusler, Steintor-Nord, Schiffsicher-Ost und Köpflinger Bahnhof) und Ringbahnhöfen (Charlottenburg, Berlin-Rosbit, Weihenfelden, Frankfurter Allee, Reutlin, Teepfad, Reutlin, Tempelhof, Wilmersdorf-Friedenau, Halles) sowie Berlin-Kolonnenstraße, wird am letzten Sonntag vor Weihnachten, am 20. Dezember 1931, Ogugi in der Zeit von 7 bis 13 Uhr angenommen und ausgegeben.

Sozialdemokraten auf der Wacht!

Fünf überfüllte Kreismitgliederversammlungen.

In fünf Berliner Kreisen sind gestern die Anhänger der Sozialdemokratie ausgerufen worden, um zu der Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember Stellung zu nehmen. Die Meldungen, die uns zugehen, legen überaus eindeutig: Die Berliner Sozialdemokratie ist kampfbereit, unsere Versammlungen sind überfüllt, unsere Genossen haben das Gebot der Stunde erkannt, den Faschismus mit allen Kräften niederzukämpfen.

Die Kräfte zusammenhalten.

Im Bezirk Friedrichshain sprach die Genossin Bohm-Schuch. Nach einer ausführlichen Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren und der damit parallel laufenden innenpolitischen Kräfteverteilung behandelte sie die Politik der Reichstagsfraktion dem Kabinett Brüning gegenüber. Kämpferische Erwägungen, besonders Rücksichten auf die Reparationsverhandlungen, veranlassen uns heute, auf die Einberufung des Reichstags zu verzichten, obwohl die neue Notverordnung große Lasten für die Arbeiterschaft bringt. Innenpolitisch ist die Flut der Nazimasse noch keineswegs abgeebbt, die ungeheure Notlage und Hoffnungslosigkeit des Volkes zeigen sich deutlich an den Wahlergebnissen der letzten Zeit. Es müßte heute also vor allem gelten, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeit zu schaffen, um die Massen aus ihrer Verzweiflungssituation zu reißern. Es müßte möglich sein, mit der konsequenten Durchführung einer bestimmten Höhe von Arbeitsstunden einem großen Teil Arbeitsloser wieder Arbeit zu geben, damit die Gemeinden entlastet und den inneren Markt zu stärken. Die Regierung dagegen hat eine zehnprozentige Lohnsenkung angeordnet und will eine ebensolche Preissenkung durchführen. Wir haben kein Vertrauen, daß auch tatsächlich die Preisentwertung der gesamten Kaufkraft der Massen sich anpaßen wird. Wir dürfen keineswegs sagen: „Schlummer kann es nicht kommen.“ Jawohl, es kann schlummer kommen, bis die Verzweiflungssituation eines Tages die Massen vollkommen mitreißt, wie sie schon heute weite Kreise den Nazis in die Arme getrieben hat. Von großer Sorge erfüllt bin ich, sagte die Rednerin, daß die bisherige Politik nicht zum Ziele führen könnte. Aber gerade, wenn man misstrauisch ist und wenn man fürchtet, eines Tages einem Staatsstreich gegenüberzustehen, muß man alles daran setzen, die Kräfte zusammenzuhalten. Mög man uns von allen Seiten bekämpfen, liegen werden wir doch, wenn alle ihrer Pflicht bewußt sind.

Die Landarbeiter stehen zur Partei.

Im Kreis Mitte sprach in einer überfüllten Mitgliederversammlung im „Häselchen Hof“ der Abgeordnete Georg Schmidt-Copenia. Er sprach von der Siegesgewißheit der sozialdemokratischen Arbeiter auf dem Lande, deren Verhältnisse er aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Landarbeitersverbandes besonders gut kennt. Trotz der viel schärferen Bedrückung, trotz des viel schwierigeren Kampfes auf den Dörfern und Gutshöfen sind dort die Arbeiter von unerhöhtlicher Treue und Jauershaft zu Partei und Gewerkschaft besetzt. Schmidt zeigte im einzelnen, wieviel Erfolg die Sozialdemokratie erzielt und auch noch bis heute erhalten konnte. Besonders ausführlich ging er dabei auf die Verhältnisse auf dem Lande ein. Preußen hat in zehnjähriger Stabilität nach dem Kriege mehr geleistet als das ganze Kaiserliche Deutschland in 30 Vorkriegsjahren. Auch unter der Notverordnung, die nicht das Werk der Sozialdemokratie ist, gilt es, die Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzuhalten. Den Abschluss bildete eine treffende Charakteristik der unfähigen und in der Wirkung reaktionären Politik der RBG. und der „Klein Gewerkschafts-Ochtmacht“ (AGD), die die Einheitsfront aller Verfassungen nicht organisiert, sondern zerstückelt.

Der starke Beifall zeigte die Einnützigkeit und Geschlossenheit der Versammlung.

Um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Im großen Saale des „Saalbau Friedrichshain“, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Arthur Crispian zu den Genossen des 4. Kreises, Prenzlauer Berg. Der Redner betonte, daß auch die Sozialdemokratie stets für eine Ausgleicheung des Glats eingetreten sei. Crispian kritisierte besonders die Punkte der Notverordnung, die einen Angriff auf Lohn- und Tariffragen enthalten. Zur Abwehr dieser Bestimmungen in der Notverordnung wäre die Partei auch zur Einberufung des Reichstags bereit gewesen, aber im Vorkriegsrat habe gerade die Forderung der Sozialdemokratie, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verbessern, die entscheidende Ablehnung durch Nationalsozialisten und Kommunisten gefunden. Crispian erörterte die Folgen, die durch eine Zustimmung zur Reichstags-einberufung herbeigeführt wären. Was wäre geschehen? Auflösung des Reichstags, Ausnahmezustand, Chaos außen- und innenpolitisch. Die Reaktion und der Faschismus hätten den Vorteil gehabt. Bei dem Wege, den die Fraktion gegangen ist, sind uns, da auch nach der Notverordnung der Preis und Lohn schicksalhaft verbunden sind, die Mittel nicht aus der Hand gegeben, den Gang der Dinge zu beeinflussen und zu kontrollieren.

Der Faschismus wird nie zur Macht kommen, solange die Arbeiterschaft es nicht will!

Hitler kommt nicht zur Macht!

Im „Türkischen Zeit“ in Charlottenburg unterzog Reichstagsabgeordneter Dr. Böller vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund die Notverordnung einer scharfen Kritik. Brüning betone immer wieder, das deutsche Volk habe über seine Verhältnisse gelebt, es habe sich in der verhältnismäßig guten Zeit nach der Inflation eine zu schwere Nützung angeschafft, die nunmehr der schwache Körper nicht mehr tragen kann. Aber mit einer Droßelung des Konsums droßelt man auch die Wirtschaft überhaupt, denn Konsum bringt Arbeit, und Arbeit ist Konsum. Die Herabsetzung der Löhne und Gehälter sei festgelegt, was aus der verordneten Preisentwertung wird, weiß auch die Regierung nicht. Der Beschluß der Reichstagsfraktion entsprang der Ermüdung, daß mit der Einberufung des Reichstags eine Erlebigung der für die Ar-

beiterchaft brennend gewordenen Fragen im günstigen Sinne nicht erreicht werden kann. Eine Aufgabe der Toleranzpolitik dürfte nicht nur aus verneinenden Gründen erfolgen, sondern nur dann, wenn man die Gewißheit hat, nach dem Sturz der Regierung Brüning wirtschaftlich und politisch Positives für die Arbeiterschaft zu erreichen. Die von einzelnen geäußerte Meinung, Hitler käme doch an die Macht, bezeichnete Dr. Böller unter dem Beifall der Versammlung als unverständlich und entmutigend für den sozialdemokratischen Abwehrkampf. Hitler darf und wird nicht kommen, so schloß der Referent seine Ausführungen.

Die Einigkeit des Proletariats.

Im Bezirk Kreuzberg sprach vor überfülltem Saale Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Vitzke. In seiner Einleitung legte er sich mit dem technischen Teil der Notverordnung auseinander. Zu den Bestimmungen der Lohnsenkung, die im Lager der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine berechtigte Empörung ausgelöst haben, stellte Genosse Vitzke fest, daß derartige Maßnahmen die Wirtschaft nicht ankurbeln. Vitzke warnte vor Illusionen. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu dem Entschluß kam, die Einberufung des Reichstags und dadurch seine Auflösung zu verhindern, so tat sie es nicht etwa aus Furcht, bei Neuwahlen einige Mandate einzubüßen. Das Entscheidende für die Fraktion war, daß eine Ueberrnahme der Regierungsgeschäfte durch Hitler die Position des deutschen Proletariats erheblich schwächen würde. Im Augenblick sind rückblickende Diskussionen sinnlos. In dieser schicksalsschweren Situation wollen wir nicht haben, sondern geschlossen den Kampf führen für Menschenwürdigkeit, gegen Faschismus und Reaktion, für die geeinte Sozialdemokratie!

Sturmschäden an der Ostseeküste

Ostseebad Cranz verwüstet.

Königsberg, 16. Dezember.

Der Orkan, der in der Nacht zum Mittwoch über Ostpreußen hinfrauste, hat an der Küste schwere Verwüstungen verursacht. Ganz besonders schwer ist das Ostseebad Cranz betroffen worden. Dort schloß man den in dieser Nacht entstandenen Schaden auf eine halbe Million Mark. Die Meerpromenade und das Strandbad sind von den Wellen zerstört worden. Die stürmische See ist weit ins Land gedrungen. Die Chauffeen sind mit gefüllten Bäumen überfüllt. In den Häusern sind fast sämtliche Fenster zerplittert. Seit 1913 ist Cranz von einem solchen Sturm nicht heimgesucht worden. Die Villenkolonie Westende ist fast völlig abgedeckt worden. In Neukühren, dem großen ostpreussischen Fischereihafen, sind mehrere Fischerkutter vernichtet.

Pillau, 16. Dezember.


Bei Neukrug ist ein Dreimaßschoner im Sturm gesunken. Die Mannschaft, vermutlich acht Mann, ist aller Wahrscheinlichkeit nach ertrunken. Das Wrack wurde auf den Strand geworfen. In Pillau ist durch den Sturm u. a. die Molendahn im Hafen zerstört worden. Die See hat den Strand überspült und steht in den Dünen. Der ganz Strand ist mit Brettern und Balken besetzt.

Die monatliche Autosteuer kommt!

Die wiederholten Eingaben und Vorstellungen zur Einführung der monatlichen Autosteuer sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Wagenbesitzer gerade in diesem Winter hatten so bedenkliche Formen angenommen, daß ein Steuerausfall von mehreren Millionen Mark zu verzeichnen ist. Im Reichsverkehrsministerium wurde ein Entwurf für die Einführung der monatlichen Autosteuer ausgearbeitet und gestern nachmittags wurde im Reichsfinanzministerium über das Projekt stundenlang beraten. Vertreter der Industrie setzten sich sehr stark für die monatliche Autosteuer ein und machten geltend, daß durch die Abmeldung von rund 20 000 Wagen allein in Berlin in allen Autobranchen erhebliche Umschuldungen zu verzeichnen sind. Andererseits können die vielen Autofahrer, die monatlich ihr Gehalt beziehen, es zum Teil sogar in zwei Raten ausgezahlt erhalten, unumgänglich weiter die Autosteuer wie bisher auf ein Vierteljahr im voraus bezahlen. Diese und andere Gründe haben das Reichsfinanzministerium dazu bestimmt, grundsätzlich der monatlichen Autosteuer zuzustimmen. Man ist sich jedoch über die Einzugsformen und über die Maßnahmen, die im Vollstreckungsfall ergriffen werden müssen, noch nicht ganz im klaren. Ein abschließendes Ergebnis liegt zwar noch nicht vor, es ist jedoch voraussichtlich schon im Januar mit der monatlichen Autosteuer endgültig zu rechnen.

Ausstellung der Freidenker.

Der Deutsche Freidenkerverband hatte in fünf verschiedenen Gegenden Weihnachtsausstellungen unter dem Motto: „Buch und Bild für jung und alt“ veranstaltet. In großer Zahl waren gute populär-wissenschaftliche Bücher, aber auch erstklassige Jugendliteratur zu sehen. Eine Auswahl an sprechender Bilder für das Arbeiterheim vervollständigten das Gesamtbild der Ausstellung. Das Wichtigste sind aber die verhältnismäßig niedrigen Preise der meisten Erzeugnisse. Bemerkenswert ist die Einrichtung der Buchparten, durch die der Deutsche Freidenkerverband die Anschaffung guter Bücher sehr erleichtert. Die Vorkarwerke hatten einen Koffer-Schallplatten-Apparat ausgestellt, der mit sechs guten Platten für nur 48 Mk. — zahlbar in sechs Monatsraten — sehr preiswert ist. Die Ausstellungen werden am Sonnabend, dem 19. dieses Monats, nachmittags von 6 bis 9 Uhr, und Sonntag, dem 20., nachmittags von 2 bis 8 Uhr, in den nachfolgenden Stellen wiederholt werden: Tempelhof, Dorfstraße 52, Kinderheim; Kreuzberg, Dorfstraße 10/11, Jugendheim; Neukölln, Bergstraße 29, Jugendheim; Friedrichshain, Wauerstraße 18, Jugendheim; Weihenfelden, Viktoriusstraße, Lesehalle; Lichtenberg, Weihenfeldstraße 28, 20. Dezember von 2 bis 6 Uhr; Niederschönhausen, Bismarckstraße, Gemischtes Café.

Hier fängt's an... baue vor - gerade trocken mit... 

Optiker Ruhnke senkt alle Preise 10%

Größtes Spezial-Geschäft für moderne Augengläser.

Am stärksten profitiert die Landwirtschaft.

Hier gibt es mehr als 20 Prozent Kostensenkung und überhaupt kein Preisopfer.

Die Wirtschaftszweige, alle Schichten will die neue Notverordnung zu Opfern anhalten. Nur ein Wirtschaftszweig wird von dem Opfergang ausgenommen, die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft erhält nur fette Brocken.

Vor allem die Zinssenkung. Die Zinsen sämtlicher Hypotheken und Forderungen, die länger als ein Jahr laufen, werden auf 6 Proz. herabgesetzt, wenn sie 6 bis 8 Proz. betragen; liegen sie zwischen 8 und 12 Proz., so werden sie im gleichen Verhältnis gesenkt, und überschreiten sie 12 Proz., so wird dieser Teil der Zinsen sogar halbiert.

Außerdem werden die Aufwertungsschulden, soweit der Zinsfuß 8 Proz. übersteigt, um 1 Proz. gesenkt. Für eine sprachenlose Hypothek z. B. braucht die Landwirtschaft also nur noch 6 Proz. Zinsen zu zahlen, für eine 10prozentige Grundschuld 7½ Proz., während für ein bisher mit 15 Proz. zu verzinsendes Darlehen nur noch 10½ Proz. gezahlt zu werden brauchen.

Hinzu kommt noch ein Kündigungsschutz. Die Laufzeit der Darlehen, selbst wenn sie schon gefündigt sind, verlängert sich automatisch bis Ende September 1932.

Durch die Zinsherabsetzung erhält die Landwirtschaft ein Geschenk von 200 bis 250 Millionen Mark.

Dieser Eingriff in die Schuldverträge, an dem natürlich von den ewig unerfülllichen Landbundagitatoren bemängelt wird, daß nicht auch noch die Wechselschulden mit in die Zinsherabsetzung einbezogen sind, ist von der Landwirtschaft mit viel Behagen aufgenommen worden; Zinsen zahlen war immer eine der unliebsten Beschäftigungen. Ob aber diesem Behagen nicht bald ein Aagenjammer folgen wird, ist abzuwarten. Mindestens in der nächsten Zeit wird der Kreditzustand in die Landwirtschaft noch viel spärlicher fließen als bisher, weil kein Kapitalgeber Lust hat, das Risiko einer Zinssenkung auf sich zu nehmen. Die einsichtigen Kreise der Landwirtschaft stehen schon jetzt der Notverordnung sehr skeptisch gegenüber, die die letzte Osthilfe noch vertieft.

Die Ausdehnung der Osthilfe mit ihrer noch viel rigoroseren Zinssenkung und Kapitalzusammenlegung gegen die Gläubiger, ist zwar zum Nutzen der westdeutschen Landwirtschaft nicht vorgenommen worden, obwohl es die agrarischen Führer in Vertennung der schlimmen Folgen für die noch kreditfähigen Betriebe verlangt hatten. Aber dennoch ist durch die Notverordnung ein Vollstreckungsschutz für die gesamte deutsche Landwirtschaft wie für den städtischen Grundbesitz geschaffen worden. Bleibt bei der Zwangsversteigerung das höchste Gebot unter sieben Zehntel des geschätzten Grundstückswertes, so kann ein Gläubiger, dessen Forderungen hierdurch nicht befriedigt werden, den Zuschlag unterlagen. Aber jeder landwirtschaftliche Schuldner kann auch ein Moratorium bis Ende September 1932 beantragen, wenn er infolge der allgemeinen Lage seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Der Unterschied zur Osthilfe besteht also darin, daß bei dieser mit dem Sicherungsverfahren gleichzeitig eine Neuregelung der Schulden vorgenommen wird, während durch die Notverordnung ein Moratorium allein verkündet werden kann. Auch wird bei der Zwangsverwaltung der schuldenreiche Landwirt selber als Zwangsverwalter eingesetzt, während bei der Osthilfe nur ein nicht unmittelbar an dem veräußerten Betrieb Interessierter mit der Zwangsverwaltung beauftragt werden kann.

Eine eingreifende Änderung ist auch auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung beweglicher Gegenstände vorgenommen. Diese konnten bisher nur dann nicht gepfändet werden, wenn sie zur Fortführung des Betriebes unmittelbar benötigt wurden. Jetzt können auch Borräte oder Viehbestände durch Zwangsvollstreckung dem schuldenreichen Landwirt nicht mehr entzogen werden, sobald die Gewähr besteht, daß der Landwirt den Erlös aus Borräten und Tieren zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft verwendet. Die Pfändung einzelner Tiere z. B. ist zwar, besonders für den kleineren Landwirt, in vielen Fällen eine unbillige Härte gewesen, zumal oft der Schuldvetter in oar keinem Verhältnis zum Wert des gepfändeten Objekts stand, aber

ein generelles Pfändungsverbot macht nun den Gläubiger völlig rechtlos.

Es handelt sich in der Tat um ein generelles Pfändungsverbot, da eine Kontrolle über die Verwendung der Erlöse praktisch gar nicht durchzuführen ist.

Auch aus der Ermäßigung der Krankenversicherungsbeiträge und der Steuererzugszinsen, nach deren Einführung plötzlich viele Landwirte ihre an sich schon lächerlich geringen Steuern plötzlich viel pünktlicher bezahlen konnten als vorher, ziehen die landwirtschaftlichen Unternehmer ihren Vorteil.

Von der Erhöhung der Umsatzsteuer werden, um nach allem Brauch wieder einmal die Getreidebauenden Großagrarien zu bevorzugen, die Umsätze an Getreide, Mehl und Brot ausgenommen.

Natürlich wird auch an der allgemeinen Preisentwertung profitiert, da ein Teil ihrer Produktionsmittel, z. B. Kohle und Kunstdünger, kartellgebundene Preise hat. Von der Landwirtschaft wird erwartet, daß die Preisentwertung in Verbindung mit der Frachtsenkung eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel von 10 bis 15 Proz. zur Folge haben wird.

Das auch die Lohnsenkung das Unkostenkonto der landwirtschaftlichen Unternehmer herabdrücken wird, ist selbstverständlich. Hier wird es die Aufgabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sein, daß die Lohnregelung sich gleichmäßig auf Bar- und Sachlöhne verteilt.

Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man die Senkung der Aufkosten der Landwirtschaft durch die neue Notverordnung auf 20 Proz. schätzt, wobei die Zinsverbilligung noch nicht mitgerechnet ist. Trotz dieser bedeutenden Senkung der Produktionskosten steht in der Notverordnung kein Wort über den Abbau der überhöhten agrarischen Preise.

Im Gegenteil, einige Tage nach Veröffentlichung der Notverordnung schreibt Schiele an die christlichen Bauernvereine, daß die Reichsregierung im Interesse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft beschleunigt wirksame Gegenmaßnahmen treffen wird, die sich aus dem Vorgehen anderer Länder auf dem Gebiet der Währung und der Devisenbewirtschaftung ergeben. Diese Erklärung ist besonders gegen Dänemark gerichtet, das unter dem Schutz seiner abgefunkenen Währung einen Druck auf die norddeutschen Märkte ausübt.

Die alte Leiter. Erst heißt es Schutz vor Dumpingimporten, und dann kommt unverhüllter Protektionismus und Preistreiberi heraus. Gewiß stehen die Preise für Veredelungsprodukte niedriger als die Getreidepreise, aber dieses Mißverhältnis darf nur durch eine Senkung der Getreidepreise und nicht durch Erhöhung der Butterpreise geändert werden, wenn man nicht den rückläufigen Konsum noch mehr droffeln will und damit das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen möchte.

Schließlich steht diese einseitige Hochhaltung der Agrarpreise im inneren Gegensatz zu der Grundtendenz der Notverordnung, durch die der deutschen Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ländern erhalten werden soll, die durch Abkehr vom Gold sich Exporterleichterungen geschaffen haben. Die Reichsregierung will mit Hilfe der Senkung der Kartellpreise, der Zinsen und Löhne die deutschen Produktionskosten vermindern, um einen Ausgleich gegenüber den Exportländern zu schaffen, deren Währung vom Goldstandard gelöst ist. Wenn man diesem Plan auch entgegenhalten muß, daß Währungsverflechtungen in einem Lande nicht durch Senkung der Preise in einem andern Lande ausgeglichen werden können, so muß man doch zugeben, daß in ihm eine Idee enthalten ist. Diese Idee muß aber dann auch erfüllt durchgeführt werden und darf nicht vor Preisen einzelner Wirtschaftsgruppen haltmachen. Will der Feststellung, daß die agrarischen Preise unter dem allgemeinen deutschen Warenpreisniveau liegen, ist nichts geholfen. Denn die deutschen Lebenshaltungskosten liegen immer noch über den Lebenshaltungskosten der Länder, mit denen Deutschland in Exportkonkurrenz steht. Es ist auch ein Irrtum, anzunehmen, daß eine der verordneten Lohnsenkung entsprechende Senkung der Nahrungsmittelpreise allein durch die Verringerung der Handelspanne vorgenommen werden kann. Mit diesem Mittel können nur kleine Korrekturen der Preisgestaltung erfolgen. Da eine Lohnsenkung ohne Herabsetzung der Lebenshaltungskosten, die bei der jetzigen gedrückten Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Nahrungsmittelpreise im Durchschnitt mindestens zu 50 Proz. beeinflusst werden, auf die Dauer unmöglich ist, muß also, wenn der Plan der Reichsregierung durchgeführt werden soll, die Unantastbarkeit der Agrarpreise aufgehoben werden.

Schieles Zollerhöhungspolitik. Wettbewerb um die Gunst der Landwirtschaft.

Schlange-Schänigen hat durch seine Osthilfe zwar nicht die Gunst der einsichtigen Landwirte erlangt, die schon erkannt haben, daß durch die Kapital- und Zinskonversionen jede weitere Kreditgewährung unmöglich gemacht wird, aber sich doch eine gewisse Popularität bei der großen Masse der Landwirte gesichert. Dieser Ruhm löst seinen Konkurrenten in der Reichsregierung Schiele nicht schlafen. Er verkündet, daß nunmehr durchgreifende Maßnahmen getroffen werden sollen, um den Auslandseinführen an Veredelungsprodukten entgegenzutreten. Daß dabei die Preisentwertungsabsicht der Notverordnung sabotiert wird, scheint nicht wichtig.

Im Mittelpunkt steht natürlich der Butterzoll. Ein Nutzen von der Erhöhung des Butterzolls hat selbstverständlich, wie wir bereits an anderer Stelle bemerkten, die Landwirtschaft nicht, denn jede Erhöhung der Butterpreise führt unweigerlich zu einem Absatzrückgang. Immerhin handelt es sich hier erst um Besserschungen.

Dagegen hat die Reichsregierung bereits für die süddeutschen Getreidebauern eine neue Stützungsaktion eingeleitet. Die Getreidepreise sind durch den Rückgang des Bierkonsums und der damit verbundenen Schrumpfung des Braugersteablaufes verhältnismäßig niedrig. Deshalb ist verordnet, daß inländische Gerste in die bisher nur für Kartoffelflocken bestehende

Kombination für die Einfuhr von ausländischer Gerste mit einbezogen wird. Der Landwirt, der einen Zentner Inlandsgerste zur Viehfütterung bezieht, kann zum Zollfuß von 4 Mark je Doppelzentner zwei Zentner Auslandsgerste einführen. Um Mißbräuche zu verhindern, wird der Bezug inländischer Gerste durch die Getreidehandels-Gesellschaft zentral geregelt. Gleichzeitig wird eine Frachverbilligung speziell für Süddeutschland eingeführt. Abnahme- und Verkaufspreise werden noch festgelegt.

Wenn auch gegen die Verkopplung der Einfuhr ausländischer Gerste mit dem Bezug deutscher Gerste nichts eingewandt werden kann, so darf hierdurch nur der mengenmäßige Absatz gesichert, nicht aber dürfen die Preise so hoch festgesetzt werden, daß eine Preissteigerung auf dem Futtermittelmarkt eintritt. Vielmehr muß im Rahmen der Preisentwertungsaktion die mögliche Verbilligung des Futtermittelgetreides erstrebt werden.

Tarifabbau der Reichsbahn.

Keine Senkung für den allgemeinen Personenverkehr.

Die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn veröffentlicht jetzt die Tariffenkungen, die von ihr im Anschluß an die Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember vorgenommen werden. Die Tariffenkungen betragen insgesamt 300 Millionen Mark. Etwa zwei Drittel des Einnahmeausfalls wird durch die Ersparnisse an Personalkosten gedeckt. Außerdem wird die Reichsbahn auch in großem Umfang Ruhnießer der Preisentwertungen bei Kohle, Eisen und bei Baustoffen sein, so daß der Abbau der Gütertariife die Finanzen der Reichsbahn nicht belasten wird.

Die neue Tarifermäßigung sieht keine schematische Senkung sämtlicher Tarife vor, sondern versucht, durch verschiedene Tariffenkungen innerhalb der einzelnen Frachtklassen wieder ein gesundes Gleichgewicht zwischen den einzelnen Gliedern des Tariffsystems herzustellen.

So werden durch die vorgezeichneten Maßnahmen besonders traffe Mißverhältnisse, wie sie in der Frachtpanne zwischen den Stückguttariffen und den Tarifen der hochwertigen Waggonladungen bestanden, ausgeglichen.

Unter Berücksichtigung der Tarifreform der Reichsbahntarife vom 1. November dieses Jahres, in der die Tarife der oberen Wagenladungsklassen und sämtlicher Nebentklassen des Normaltariffes durchgeführt wurden, ergeben die Tariffenkungen der Reichsbahn vom Oktober bis Dezember 1931 folgendes Bild:

1. Die Tariffätze für Wagenladungsklassen sind bis zu einem Höchstfuß von 26,3 Proz. herabgesetzt.
2. Die Stückguttarife werden um 15 Proz. ermäßigt.
3. Der allgemeine Kohlenausnahmetarif wird um 12 Proz. ermäßigt.
4. Eine Reihe von Ausnahmetariffen, besonders für Holz und für den Export wird gesenkt.
5. Neue Ausnahmetarife sind eingeführt worden.
6. Der Expreguttarif ist um 15 Proz. herabgesetzt.
7. Die Gebühren für Privatgleisanhänge sind um 10 Proz. ermäßigt.

Die Gesamtermäßigung im Normaltariff gegenüber dem Stand vom November beträgt bei Stückgutklassen I bis III 15 Proz., bei Wagenladungsklassen A 5 Proz., B bis E 14 Proz., F 10 Proz. und G 5 Proz.

Den weitauslichsten Posten bei den Tariffenkungen bildet die Ermäßigung der Kohlenfrachten.

Hier beträgt die Frachtersparnis 85 Millionen Mark. Der allgemeine Kohlenausnahmetarif wird um durchschnittlich 12 Proz. gesenkt. Auf Grund dieser Tariffenkungen wird nach den Angaben der Reichsbahn der Transport einer Tonne Kohle von Gelsenkirchen nach Berlin von 14,10 auf 11,90 Mark, also um 2,20 Mark verbilligt, der Transport einer Tonne Kohle von Gleiwh nach Berlin von 14 auf 10,20 Mark, also um 3,80 Mark gesenkt.

Auch die Holzfrachten sind bei der Tarifermäßigung mit an erster Stelle begünstigt. Die Fracht wird nicht nur im Normaltariff, sondern auch in den bereits bestehenden Ausnahmetariffen ermäßigt. Für die Landwirtschaft ist wichtig, daß nicht nur die Tierfrachten, sondern auch die Tarife für Getreide und Mehl um 14 Proz. abgebaut werden. Die 5- und 10-Tonnen-Sendungen für Düngemittel werden gleichfalls verbilligt.

Die Tarifreform, die die Reichsbahn im Interesse einer spürbaren Kostenentlastung durchgeführt hat, ist zu begrüßen. Auch an der Methode der Reform, besonders scharfe Mißverhältnisse zwischen den einzelnen Tariffklassen zu beseitigen, wird, von Einzelheiten abgesehen, wenig auszusetzen sein. So verständlich es aber auch erscheinen mag, daß die Verwaltung der Reichsbahn sich auf die Verbilligung der Güterfrachten beschränkt hat, so unhalbar ist bei dem anhaltenden Lohn- und Gehaltsabbau die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Personentarife. Nach der neuen Abbaumethode ist es der Masse des Publikums einfach unmöglich, zu den Jahresferien noch größere Reisen zu machen. Hier

JUNO Die Fest-Cigarette des Berliners!

6 Stück 20⁸

füllte die Reichsbahn im eigenen Interesse einem schweren Rückschlag im Reiseverkehr 1932 durch rechtzeitige Senkung der Personentarife vorbeugen. Die entsprechenden Erlösminderungen würden unseres Erachtens weit unter dem Einnahmefall liegen, der infolge der zwangsläufigen Schrumpfung des Reiseverkehrs zu erwarten wäre.

Weitere Preis- und Tariffenkungen.

Neue Preisfenkungen werden gemeldet für Glühlampen ab 16. Dezember um 10 Proz., für optische Artikel und für Flaschen.

Der Reichsraffinentarif wurde durch Anordnung des Reichsverkehrsministers um 5 bis 15 Proz. ermäßigt. Die Schiffsabgaben auf den Reichsbinnenwasserstraßen sind ab 16. Dezember um mindestens 10 Proz. ermäßigt.

Die Kunstseidenindustrie will unter Berufung darauf, daß ihre Preise durch internationale Beschlüsse geregelt seien, nicht ermäßigen. Das Reichswirtschaftsministerium hält die Notwendigkeit der Preisfenkung um 10 Proz. für gegeben, da der Begriff des „internationalen Beschlusses“ eine Preisregelung für den ganzen Weltmarkt in sich schließt, was bei dem Kunstseidenprodukt nicht zutrifft. Bei Zigaretten liegt noch keine Entscheidung vor.

Notverordnung und Privatversicherung.

Aussprache bei dem Allianzkongress.

Der Leiter des Allianzkongresses, Dr. Schmitt, nahm gestern vor Versammelten zu den aktuellen Fragen der Privatversicherung Stellung. Die allgemeine Geschäftslage bei dem Allianzkongress ist von der Krise nicht wesentlich berührt worden. Die Prämieeinnahmen sind gegen 1930 mit 200 Millionen Mark nicht nennenswert gesunken. Der Versicherungsbestand in der Lebensversicherung ist bei einem Antragszugang von 460 gegen 370 Millionen Mark auf insgesamt 3,3 Milliarden Mark gestiegen.

Zu der Frage der Bilanzierung der Hypotheken und Wertpapiere sprach sich Dr. Schmitt dahin aus, daß jede Lebensversicherungsgesellschaft die Gefahr ihrer Versicherungen als Treuhänderin erwarte und die bei ihr aus den Prämieeinnahmen angesammelten Kapitalien effizient und langfristig anlegen müsse. Sicherheit, Zinshöhe und Rückzahlungsbetrag seien bei der Anlage entscheidend, während der jeweilige Börsenkurs unberücksichtigt bleiben könne, weil eine zwischenzeitliche Veränderung ja gar nicht notwendig werde. Natürlich müßten Abschreibungen vorgenommen werden, wenn einzelne Anlagen notleidend geworden sind.

Zu der Notverordnung über die Bilanzierung vom 19. September 1931 erklärte der Rat der Allianz und Stuttgarter Verein V. G. dieser Forderung durchaus entsprechende Sinne, ohne daß deshalb das Jahresergebnis der Gesellschaft beeinträchtigt zu werden braucht. Von besonderer Bedeutung sei die Frage, wie sich die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 auf die deutschen Versicherungsgesellschaften auswirke. Hierzu sei zu sagen, daß die Versicherungsprämien sich mit wenigen Ausnahmen nach den Versicherungssummen richten. Die Prämie folge also ohne weiteres der Preisbewegung. Natürlich könnten die Versicherungsgesellschaften einen vorübergehenden Prämienrückgang nur dann ohne Gefahr für ihre Rentabilität tragen, wenn alle Verpflichtungen, die aus den gezahlten Prämien zu befreienden sind, gleichfalls entsprechend sinken. Die Vorschriften über die Zinsfenkung seien besonders für die Lebensversicherung bedeutungsvoll. Hier sei wesentlich, daß die Versichererdividenden auf Grund des Geschäftsjahres 1930 erst Mitte 1931 festgesetzt wurde, aber erst auf die Jahresprämien angerechnet werde, die 1932 fällig seien. Die von dem Versicherten im Jahre 1932 zu entrichtende Prämie werde demnach von der Zinsreduktion überhaupt noch nicht berührt. Soweit Dividendenreduktionen infolge des Ergebnisses von 1931 eintreten sollten, würden sie erst im Jahre 1933 fühlbar. Die deutschen Gesellschaften würden zweifellos alles tun, um die Auswirkung der Zinsreduktionen nicht fühlbar werden zu lassen, wie sie überhaupt jetzt mehr denn je bestrebt seien, durch eine Reihe von Maßnahmen der erschwerten Situation des einzelnen Versicherten sich anzupassen.

Maschinenindustrie im November.

Der Novemberbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten meldet aus dem Inland geringe, aus dem Ausland weiter abfallende Aufträge. Die Beschäftigung hat weiter abgenommen. Da auch jetzt noch 65 Prozent der Beschäftigung fürs Ausland bestimmt sind, wirken sich neue Zollerhöhungen und Devisen-Zwangsbestimmungen gefährlich aus. Nach den Kostenfenkungen durch die Notverordnung wird eine Belebung des Inlandsgeschäftes erwartet.

Rückgang des französischen Außenhandels. Die französische Außenhandelsstatistik weist für die ersten elf Monate des Jahres 1931 die Einfuhr nach Frankreich mit 53.942.000 Tonnen im Werte von 39.392.826.000 Franken aus, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Rückgang um 1.752.324 Tonnen und 8.606.551.000 Franken bedeutet. Die Ausfuhr aus Frankreich belief sich in den ersten elf Monaten des Jahres auf 28.029.407 Tonnen im Werte von 23.324.833.000 Franken;

Entscheidung beim B.M.Z.

Lohnsenkung 9-12 Prozent bei Facharbeitern, 15 Prozent bei Hilfsarbeitern.

Gestern fällte der Schlichter für Berlin-Brandenburg für die Berliner Metallindustrie einen verbindlichen Schiedsspruch entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung vom 9. Dezember. Die Entscheidung ist insofern bemerkenswert, weil für Lohnklassen A, B und C, das sind Facharbeiter, ein Lohnstarif am 10. Januar 1927 nicht bestand, wohl aber für die Hilfsarbeiter, und seit 1. Juli 1931 eine Veränderung der Lohnsätze nicht eingetreten ist. Die Unternehmer verlangten einen Abbau der Löhne um 15 Proz. Sowohl der Facharbeiter wie der Hilfsarbeiter, was für die Gruppe A eine Herabsetzung des Tariflohnes von 103 auf 87,5 Pf. die Stunde bedeutet hätte.

Der Schiedsspruch setzt die Löhne in Gruppe A, B und C auf 93, 82 und 72 Pf. herab, also um 9, 11 und 12 Proz.,

die der Gruppe D auf 66 Pf., um 15 Proz. Dazu kommt ein unveränderter Akkordzuschlag von 15 Proz. Für die Arbeiter von 18 bis 21 Jahren werden die Lohnsätze entsprechend in Gruppe A auf 78, in Gruppe B auf 69, in Gruppe C auf 59,5 und in Gruppe D auf 55,68 Pf. herabgesetzt. Für Jugendliche von 14 bis 15 Jahren auf 28,33, von 15 bis 16 Jahren auf 31,87, von 16 bis 17 Jahren auf 38,25 Pf. Für Arbeiterinnen über 18 Jahre auf 46,2 Pf., für jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 15 Jahren auf 26,33, von 15 bis 16 Jahren auf 29,75, von 16 bis 17 Jahren auf 35,28 und von 17 bis 18 Jahren auf 39,95 Pf.

In der bemerkenswerten Begründung des Schiedsspruchs heißt es:

„Für die am 10. Januar 1927 tarifvertraglich gebundenen Arbeitnehmer bringt die gesetzliche Rohnminderung einen Lohnsatz von 66 Pf. für die Stunde. Damit ist der am 10. Januar 1927 geltende Tarifsatz nicht unterschritten. Der Einwand der Arbeitnehmerseite, daß am 10. Januar 1927 Leistungszulagen gezahlt worden seien, was heute kaum der Fall sei, kann nicht berücksichtigt werden, weil bei der Neu festlegung der Lohnsätze auf Grund

der Notverordnung nicht die über tariflichen Leistungen berücksichtig werden können.

Unerwartete Bezahlung über tariflichen Leistungen ist keine vom Schlichter eventuell zu berücksichtigende Minderung des tarifvertraglichen Lohnsystems.

An sich würde sich auch der Stundenlohn der am 10. Januar 1927 nicht tarifvertraglich gebundenen Arbeitnehmer um 15 v. H. senken, was in der Spitze der Gruppe A 87,55 Pf. ergibt. Doch hat der Schlichter nach der Vorschrift der Notverordnung, § 4 Abs. 1 letzter Halbsatz, zu prüfen, ob nicht mit Rücksicht auf den allgemeinen Stand der Löhne und Gehälter am 10. Januar 1927 eine andere Regelung wirtschaftlich und sozial unumgänglich erscheint. Das ist in der Tat der Fall.

Mit 87,55 Pf. oder abgerundet 88 Pf. stände der Lohn der Lohnklasse A (hochqualifizierte Facharbeiter) doch so sehr unter dem allgemeinen Lohnstand vom 10. Januar 1927, daß dieser Lohnsatz nicht der Gesamttendenz der Notverordnung entspricht.

Erst ein Lohnsatz von 93 Pf. würde die Anwendung des § 4 Abs. 1 letzter Teil ausschließen. So ähnlich ist es auch in den Lohnklassen B (normale Facharbeiten) und C (einfache Facharbeiten und angelernte Tätigkeiten), wo nach dem allgemeinen Lohnstand von 1927 ein Lohnsatz von 82 Pf. bzw. 72 angemessen erscheint. Zwar wird bei einer solchen Festlegung das prozentuale Verhältnis, wie es heute zwischen den Lohnklassen A, B und C und der Lohnklasse D besteht, verschoben; das läßt sich jedoch bei der nicht zu umgehenden Berücksichtigung der Bestimmung des letzten Halbsatzes des § 4 Abs. 1 nicht vermeiden. Es findet auch — wie nicht zur Begründung der erfolgten Festlegung, sondern nur allgemein gesagt werden soll — in der Tat keine innere Berechtigung, daß die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der heute in den Lohnklassen A bis C beschäftigten Arbeitnehmer unbestritten höher ist, als wie bei voller Besetzung der Betriebe.“

Notverordnung schafft Arbeit.

Aber nur für die Schlichter.

Die Notverordnung gibt den Tarifvertragsparteien auf, bis zum 19. Dezember in einem Nachtrag zum Tarifvertrag die Lohn- oder Gehaltsätze schriftlich festzulegen, die sich aus den Abbaworkriften der Notverordnung ab 1. Januar ergeben.

Diese Bestimmung wird von vielen Gewerkschaften, insbesondere von denen, die für viele Branchen frühere Tarifverträge abgeschlossen haben, kaum erfüllt werden können. In Berlin haben in einer Anzahl von Branchen und Industrien schon Verhandlungen stattgefunden. In den Branchen, bei denen sich seit dem 10. Januar 1927 im Entlohnungs- und Tarifsystem außer der Lohnhöhe nichts geändert hat, sind diese Verhandlungen verhältnismäßig reibungslos verlaufen. In einer beträchtlichen Zahl von Industrie- und Gewerbebezirken, in denen

die Entlohnung zu Jahresanfang 1927 mit der zurzeit bestehenden nicht vergleichbar ist,

sind jedoch erhebliche Schwierigkeiten über die Neu festlegung der Löhne auf Grund der Notverordnung entstanden. In diesen Fällen sind die Verhandlungen entweder auf kurze Zeit verlagert oder als zwecklos abgebrochen worden, so daß dem Schlichter die endgültige Entscheidung in diesen Streitfällen obliegt.

Für die Herrenkonfektion zum Beispiel wurden gestern Verhandlungen über die Neu festlegung der Löhne geführt, die bekanntlich in einem Reichstarif verankert sind. Da in der Herrenkonfektion nach dem 1. Juli d. J. eine Lohnkürzung nicht erfolgt ist, verlangten die Unternehmer die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter zu einer 10prozentigen Kürzung der Tariflöhne. Dieser schematischen Lohnkürzung wurde aber von den Gewerkschaftsvertretern widersprochen. Sie verwiesen darauf,

daß seit Jahresanfang 1927 das sogenannte Positionsschema mehrmals zugunsten der Konfektionsarbeiter abgeändert worden ist,

und diese Änderungen bei der Neu festlegung der Löhne berücksichtigt werden müssen. Eine Einigung über diesen Streitpunkt war nicht zu erzielen, so daß nunmehr die Beilegung des Konflikts einem Schlichter überlassen werden muß.

Ueber die Neuregelung der Löhne der Maler in der Küchen- und Möbeldindustrie wurde gleichfalls gestern verhandelt. In dieser Industrie bestand am 10. Januar 1927 ein Tarifvertrag; zu den darin vereinbarten Löhnen wurde aber

auf Grund einer mündlichen Vereinbarung generell ein Zuschlag von 10 Proz. gezahlt,

der später vom Schlichtungsausschuß auf 15 Proz. erhöht

wurde. Die Unternehmer bestritten jedoch diese mündliche Vereinbarung und verlangten die Senkung der jetzigen Tariflöhne um 15 Proz. Der Verband der Maler will aber nur die Senkung auf den Lohnstand vom 10. Januar 1927 zugehen, also auf den damaligen Tariflohn einschließlich des 10prozentigen Zuschlages. Das würde eine Lohnsenkung um ungefähr 8 Proz. bedeuten. Auch hier trennten sich die Parteien, ohne zu einer Einigung gekommen zu sein, so daß nunmehr wieder der Schlichter das letzte Wort hat.

Die Verhandlungen über die Neu festlegung der Löhne in der Berliner Handelsgärtnereien sind auch ergebnislos verlaufen. Hier bestand am 10. Januar 1927 ein Lohnstarifvertrag nicht.

Der Tarifhöchstsatz ist zurzeit 90 Pf. pro Stunde!

Die Unternehmer verlangen einen Abbau der Löhne um 10 Proz., weil nach dem 1. Juli d. J. bereits ein Lohnabbau erfolgt ist. Diesem Verlangen widersetzten sich die Gewerkschaftsvertreter aus dem Grunde, weil trotz des allgemeinen tariflosen Zustandes in dieser Branche am 10. Januar 1927 eine Anzahl von Firmentarifen bestand, die schon damals bis zu 90 Pf. Tariflohn pro Stunde vorsehen. Noch im Laufe des Jahres 1927 kam ein Tarifvertrag mit einem Höchstlohn von 90 Pf. pro Stunde zustande. Die Gewerkschaftsvertreter verlangten eine entsprechende Berücksichtigung der damaligen tatsächlichen Lohnverhältnisse.

Gleichfalls gescheitert sind die Verhandlungen im Berliner Möbeltransportgewerbe. Hier machten die Unternehmer eine ganz kuriose Rechnung auf. In dieser Branche bezug am 10. Januar 1927 der reine Tariflohn 41 M. pro Woche, zurzeit ist er 57 M. Im September d. J. wurde zugleich mit der Herabsetzung des Lohnes auf 57 M.

das Trinkgeld tarifiert, indem den Arbeitern ein sogenanntes Metergeld zugesprochen wurde, das aber die Aushaft zu zahlen hat.

Nach einer Berechnung, aus der vielleicht der Teufel schlau wird, kamen die Möbeltransporteure zu dem Schluß, daß sie den Lohn auf 41 M. senken können, was bei einem angeblich sicheren Metergeld (Trinkgeld) von durchschnittlich 12 M. pro Woche einem tatsächlichen Lohn von 53 M. pro Woche entspräche. Auf die Erforschung dieses Hegenetmasieins ließen sich die Gewerkschaftsvertreter nicht ein, so daß auch hier der Schlichter den Streit beenden muß.

In der Wein- und Likörbranche wurde im April d. J. ein Lohnstarif abgeschlossen, der

in zwei Etappen einen Lohnabbau vorsah. Der zweite Lohnabbau erfolgte im September.



Tragen Sie nur

QUALITÄTS-ST RÜMPFE

jeder Strumpf erste Wahl

1	1	1	2	2
10	45	75	45	95
Strapazierstrumpf Körnliche Seide	Strapazierstrumpf Kstl. Seide plattiert	Bemberg Kunstseide	Künstliche Waschseide	Feinste Künstl. Seide

DER **SALAMANDER** A-G

so daß nach der Rotverordnung unzulässig nur noch ein Abzug von höchstens 10 Proz. erfolgen dürfte. Die Unternehmer verlangen aber einen 15prozentigen Lohnabbau, weil nach ihrer Meinung nicht das Inkrafttreten des zweiten Lohnabbaues nach dem 1. Juli zu berücksichtigen sei, sondern die im April, also vor dem 1. Juli getroffene Lohnvereinbarung.

Dem gleichen Standpunkt nahmen die Berliner Lederwarenfabrikanten ein, mit denen gestern verhandelt wurde. Hier wurde auch im April d. J. ein Lohnvertrag abgeschlossen, der ebenfalls in zwei Etappen einen Lohnabbau vorsah. Der zweite Lohnabbau, und zwar in Höhe von einem Pfennig pro Stunde trat am 2. bzw. 3. Juli in Kraft. Auch diese Unternehmer wollten sich nicht an den Termin des Inkrafttretens des zweiten Lohnabbaues halten. Sie verließen sich vielmehr auf den Abschluß des Tarifvertrages im April und verlangen anstatt des zehnprozentigen Lohnabbaues einen Lohnabbau von 15 Proz. In der Rotverordnung vom 9. Dezember heißt es aber ausdrücklich in Absatz 2 des § 2, Kapitel I des 6. Teiles: „Bei Lohn- oder Gehaltsfäden, die seit dem 1. Juli 1931 nicht tarifvertraglich herabgesetzt wurden, tritt an Stelle des Satzes von zehn oder fünfzehn von hundert...“ Also nur dort, wo auf Grund eines Tarifvertrages — ganz gleich, wann der Vertrag vereinbart wurde, seit dem 1. Juli die Lohnsätze nicht herabgesetzt wurden, tritt eventuell eine Lohnminderung von 15 Proz. ein. Würde nicht die Lohnminderung, sondern das Datum der Vereinbarung gemeint sein, was natürlich sinnlos wäre, dann müßte es heißen: „Bei Lohn- und Gehaltsfäden, die seit dem 1. Juli 1931 nicht tarifvertraglich neu vereinbart wurden...“

Wie diese Beispiele, die nur ein Auschnitt aus den vielen Streitigkeiten sind, die es noch zu bereinigen gibt, zeigen aber, zu welchen Unzulänglichkeiten der Eingriff der Rotverordnung in die Tarifverträge führt, die in ihrem Aufbau nur in den wenigsten Fällen alle über einen Leisten geschlagen werden können.

Rotverordnungsgewinnler.

Die Versicherungsgesellschaften wollen einen Extraprofit.

Durch die Haltung der Unternehmer sind die Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien des Versicherungsgewerbes über Abschluß eines neuen Gehaltsvertrages am 16. Dezember gescheitert. Der Arbeitgeberverband verlangt auf Grund der Rotverordnung eine 15prozentige Senkung der jetzt geltenden Tarifgehälter, obwohl die Rotverordnung durchaus die Möglichkeit zuläßt, daß zwischen den Parteien entsprechend den wirt-

schaftlichen Verhältnissen des Gewerbes ein weit geringerer Gehaltsabbau vereinbart wird.

Das Versicherungsgewerbe ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise so gut wie nicht betroffen worden. Das Versicherungsgewerbe zeigt im Gegenteil einen glänzenden Erfolg gerade infolge der Wirtschaftskrise. Das hat auch der Generaldirektor des größten Versicherungskonzerns, der Allianz-Schüttgarter, in einer Pressebesprechung am 16. Dezember zum Ausdruck gebracht. Er erklärte, daß man auf Grund der Prämiensteigerungen im Jahre 1931 und des Schadenverlaufs schon jetzt feststellen könne, daß günstige betriebstechnische Ergebnisse für das Geschäftsjahr 1931 eintreten. Diese Feststellung, die für das gesamte Gewerbe getroffen worden ist, läßt die Haltung des Arbeitgeberverbandes sonderbarer erscheinen, wenn man nicht annimmt, daß das Versicherungsgewerbe durch die Rotverordnung auf Kosten der Versicherten und der Versicherungsangestellten ein Geschäft machen will.

Die RGD. führt einen Streik. Ein schmählicher Zusammenbruch.

Aus Hanau wird uns berichtet: Unter der „fliegenden“ Führung der RGD., wie dies in marxistischer Aufmachung im Frankfurter Kommunistenblatt verkündet wurde, treten die Belegschaften der Firmen „Quarzlampen-Gesellschaft“ und „Hercules Bakumischmelze“ in Hanau, etwa 300 Arbeiter, in den Streik. Die Streikbeschlüsse wurden in einer öffentlichen RGD.-Versammlung ziellos und planlos gefaßt. So wie der Beginn, unehrlich und unmahrscheinlich, war auch das Ende. Nach kaum dreiwöchiger Dauer ist der Streik kläglich zusammengebrochen. Das Ziel der RGD., die Zerklüftung der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes,

ist zwar nicht erreicht; um so schlimmer ist die Niederlage, die der gesamten Hanauer Arbeiterschaft durch die RGD. zugefügt wurde. Waren die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Quarzlampen-Gesellschaft bisher noch erträglich, so sind diese durch den Ausgang des Streiks ganz wesentlich verschärft. Bei Wiederaufnahme der Arbeit wurde allen Arbeitern nachstehendes Dokument kommunistischer Schandtat ausgehändigt:

„Zur Beachtung: Alle bei uns bisher üblichen Sonderrechte sind aufgehoben, weil die Ueberbezahlung, die wir durch bisherige Sonderrechte

Deutsches Theater
8 Uhr
Antonius und Cleopatra
von Shakespeare
Regie: Felix Wipperfurth

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Jemand
von Franz Molnar
Regie: Gustaf Gründgens
mit Albert Bassermann

Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
auf an den drei Weltwachtagen unterbrochen

Die Dubarry
mit
Gitta Alpar
Preise v. 0,50 M. an

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
für ab 16. Dezember

Die Blume von Hawaii
Preise von 30 Pl. an
Sitz 3 u. 4 1/2 Uhr

Theater am Hollendorferplatz
Regie: Felix Wipperfurth
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 4 1/2 Uhr

Gasparone
Sonnabend 4 Uhr
Kantat Dupperts Fahrt ins Märchenland

Rose-Theater
Ende Frankfurter Straße 137
Tel. Weiß 2 7 3122
420 Uhr

Max und Moritz u. der Weihnachtsmann
8.15 Uhr

Planetarium am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS

Planetarium
am Zoo
3, 5, 7, 9 Uhr
Film am Königsee und Watzmann

Füllhalter
des
JUERGENS



Schenk praktische

- Schlafanzug**
(Abbildung 1), für Damen, farbiger Satin, farb. besetzt **375**
- Morgenrock**
aus Kunstseide mit Trikot, innen angebracht, mit Kordel an Hand, viele Farben **675**
- Jumperschürze**
farbig, verschiedene Ausführungen **095**
- Damen-Pullover**
reine Wolle, modische Strickart, hoh. ab bestickt **590**
- Schlafanzug**
für Kinder, vorzügl. Baumwolltrikot, weisse, pastellfarb. Besatz, für 2 Jahre (Steigerung 0,30) **225**
- Flanellsporthemd**
(Abbildung 2), m. angebr. Knöpfen, Kragen und Bündel, vorzügliche Qualität u. Verarbeitung **390**
- Mädchen-Kleid**
aus reinwilligen Crêpe Gele, rot oder blau, mit weissen Kragen und Knopfknäuel, Längsdarm (Steigerung 0,75) **590**
- Herrn-Garnitur**
Jacke und Hose, lange Ärmel, kostg. Qualität, hoh. ab bestickt, Mittelfarbe **390**
- Hausjacke**
(Abbildung 3), mollig, Flauschstoff, mit 3 Agraffen u. Verschnürungen **975**
- Herrn-Handschuhe**
(ähnlich wie Abb. 4), Nappaleder, mit Flauschfutter, 1 Druckknopf **550**
- Damen-Handschuhe**
(Abbildung 4), Nappaleder, mit 2 Druckkn. und Flauschfutter **490**
- Damen-Strümpfe**
königliche Waschseide, feinlig und elegant, mit kratziger Fliederschle **145**
- Uberschuhe**
(Abbildung 5), gute Qualität, ganz Gummi, schwarz oder braun gerippt **475**
- Frotteierhandtuch**
gutes Kräuselgewebe, weiss Jacquard m. indanthren Kanten, 55/110 cm **110**
- Tischgedeck**
geblickt Jacquard, im Karton, 120/160, mit 4 Serviett 55 Stk **650**
- Skizanzüge**
(Abbildung 6), für Kinder, verschied. sportarts. Ausführungen, aus blauem Melton **1650**

Aus der Spielwaren-Abteilung im II. Stock

Feuerwehr
m. verstellbarer Leiter und für elektrische Beleuchtung **095**

NETSRAHL

BERLIN C 2
SPANDAUER STR.
KONIGSTRASSE

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Donnerstag, den 17. Dezember
Staatssoper Unter den Linden
19 1/2 Uhr
Carmen

Straß-Schauspielhaus
Kasselermarkt,
19 1/2 Uhr
Zum 1. Male
Rachnacht

Schiller-Theater
Charlottenburg,
20 Uhr
Datterich

Winter Garten
8.15 Uhr Platz 3434
Das beliebte Clown-Trio
Barraceta
Gsovsky-Ballett, Luisita Leers
„Paolo“ der jüngste Ball-Jongleur

GR. SCHAUSPIELHAUS 8
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Jeden Dien., Mittw., Donn. u. S. ab 8.15
Das große Zaubermärchen
Pilm Pilm Pilm!
Preise der Plätze von 75 Pfennig an

Berliner Uk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 24
Donnerstag, 17. Dez.
Turnus I
Anfang 20 Uhr
Zar und Zimmermann
Ende gegen 23 Uhr

Volksbühne
Theater am Mühlentplatz
8 Uhr
Die Großherzogin von Gerolsheim
Städt. Schiller-Theater
5 Uhr
Datterich

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
auf an den drei Weltwachtagen unterbrochen
Karl Böhm in Der Vogelbändler
Preise d. Plätze v. 50 Pl. an

Lesing-Theater
Am 25. Dezember
Premiere
Morgen geht uns gut!
Licht Musik, Bar Barock
Orchest. Dafos Bela

Ohne Lichtanschluß

Typen LB 3
mit eingebautem Lautsprecher, Varta-Akkumulator u. Partrix-Anodenbatterie.

hören Sie alle Europoststationen klar, rein und störungsfrei mit dem schmerz- und steckerlosen

Roland Brandt Batterie-Empfänger

Leistung und Einfachheit der Bedienung verbilligend. Die Unterhaltungskosten sind äusserst gering, da ausschließlich die bewährten „Partrix“-Batterien

zur Verwendung kommen, die durch ihre unerreichte Erhaltungsfähigkeit u. Lebensdauer größte Wirtschaftlichkeit gewährleisten.

Prospekt und Bezugsquellen-Nachweis durch:

ROLAND BRANDT, BERLIN SO. 36.

Das beste Festgeschenk

bleibt ein Trunk edlen Weines — Likör — Weinbrand — Rum
Sorgen, Kummer fliegen aus, hat man von Süßkind was im Haus!
Für wenig Geld hat jeder ein fröhliches Fest.
Hunderttausende von Litern selbst importierte, unverfälschte Bordeaux- und Süßweine, Liköre — Rum und Weinbrände in ganz hervorragenden Qualitäten kommen zum Verkauf.

Kleiner Auszug aus meiner Preisliste:

Erstklass., hochprozentige Dessert-Obstweine Liter v. 0.72 an
Hervorragende selbst importierte Süßweine „ 1.20 „
Echte span. Rotweine, dunkel, eigener Import „ 1.00 „
Echte rote Bordeauxweine, eigener Import „ 1.50 „
„ weiße, süße Bordeauxweine, „ „ 1.25 „
Probieren Sie „mein Glühwein“ „ „ 2.45 „
Prima deutsche Weißweine „ „ 0.55 „
Milder Niersteiner Liebfraumilch „ „ 0.95 „
Echter ital. Vermouth, für Kranke „ „ 1.15 „
Echter ital. Vermouth „Edel“, für Kranke „ „ 1.45 „
Reiner, feiner Pepsinwein, für Kranke „ „ 2.40 „
Feinster Tasano, rot, süß, „Mach mich fröhlich“ „ „ 1.45 „

Das Beste zu liefern ist mein Prinzip!

Ausschank vom Fass, Kostproben gratis!

Die Reichhaltigkeit meiner Läger befriedigt jede Geschmacksrichtung

Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt „ „ Liter nur 4.45
Edler Jamaika-Rum-Verschnitt, Teerum 45% „ „ 5.20
Das Beste, Jam.-Rum-Verschnitt, Teerum 55% „ „ 6.25
Feinste reine Weinbrände ***Stern „ „ v. 4.40 an
Hervorrag. Edel-Liköre alle Sorten, bis 38% „ „ 4.05
Spezial-Edel-Liköre in 10 Sorten „ „ 1/2 Fl. nur 2.95
Aquivit, Nordhäuser Brantwein, fuselfrei, Liter nur 3.20
Prima Weinbrand-Verschnitt ***Stern „ „ 3.60

BERLIN:

N. Brunnenstraße 42
N. Müllerstraße 144
N. Chausseestraße 76
O. Köpenicker Straße 87
N. Prenzlauer Allee 50
N. Schivelbeiner Str. 6
O. Petersburger Str. 42
SO. Grünauer Straße 15
SO. Köpenicker Str. 121
W. Martin-Luther-Str. 86
Steglitz: Schloßstraße 121
Lankwitz: Charlottenstr. 36

Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157
Neukölln: Berliner Str. 12 u. Hermannstr. 27
Schöneberg: Kolonnenstraße 9
Oberschöneweide: Wilhelmshofstr. 40
Moabit: Goztkowskystraße 31
Moabit: Wilsnacker Straße 25
Spandau: Potsdamer Straße 23
W. Bismarck: Berliner Allee 247
SO. Tempelhofer Feld: Berliner Straße 152
SO. Köpenicker Str. 121
W. Martin-Luther-Str. 86
Steglitz: Schloßstraße 121
Lankwitz: Charlottenstr. 36

Eduard Süßkind

HAUS VATERLAND
KLEINER RESTAURANT
Feinvergnügungs-Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen
Tonfilm
Die große Fahrt
im Arnold Kortz, Maria Lester, Theo Shall, Ulrich Haugel u. a.
Bühne:
Ferdy Kaufmann
der Rundfunkmeister mit seinen 14 Schülern
Von d. Gavotte b. Z. Rumba
Jugendliche Zuzritt

Die Verlosung auf der

Lindcar-Ausstellung

am 13. Dezember d. J. hatte folgendes Ergebnis:

- Preis: 1 Lindcar-Herrenfahrrad 296
- Preis: 1 Original Ultraphon-Koffer-Apparat mit 6 Original Ultraphon-Platten ... 1570
- Preis: 1 Original Ultraphon-Koffer-Apparat mit 6 Original Ultraphon-Platten ... 142
- Preis: 1 Lindcar-Dynamo-Beleuchtung 2.62
- Preis: 1 Lindcar-Dynamo-Beleuchtung 1.19
- Preis: 1 Arbeiterbank-Sparkassenbuch à 5 RM 2464
- Preis: 1 Arbeiterbank-Sparkassenbuch à 5 RM 2246
- Preis: 1 Arbeiterbank-Sparkassenbuch à 5 RM 717
- Preis: 1 Arbeiterbank-Sparkassenbuch à 5 RM 2003
- Preis: 1 Arbeiterbank-Sparkassenbuch à 5 RM 1223

Lindcar-Fahrräder ab RM 85.— Lindcar-Nähmaschinen ab RM 141.30
Original Ultraphon-Koffer-Apparate einschl. 6 Original Ultraphon-Platten im Werte von 4 RM 3.— nur RM 45.—
In unsern Niederlagen für Fahrräder: Berlin SW 69, Alte Jakobstr. 146-58 für Nähmaschinen: Berlin SO 16, Engelufer 31

Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade
Unternehmen der freien Gewerkschaften / Verkauf gegen kleinste Raten

SCAVA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
NONI
LULITA BERAVENTE und das große Weihnachts-Fest.
Achtung! Beachten Sie das Verbot für die Feiertage täglich ab 12 Uhr auszuweichen

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
Sonntags 2, 8, 9 Uhr
PAGANINI
OPERETTE
In 3 Akten
von
FRANZ LEHAR
Achtung! Der Vorverkauf für die Feiertage hat bereits begonnen!

Pierre Lorrent: Lori

Lori rollte die Augen. Ueberhaupt war er seit einigen Tagen schon nervös und gereizt. Niemand durfte ihn nahe kommen, und selbst der dicke Emil fand keine Gnade vor seinen Augen.

„Kin in die Bude! — Der Saff und die Liebe!“ Schnarrend flogen diese abgehakten Sätze in die schwüle Atmosphäre des „Grünen Anker“.

„Zum erstenmal heute, daß der Bieh wieder die Schnute uffriegt!“ meinte befriedigt der dicke Emil und trat zu Lori hin. Er hob ihn von der Stange herab, nahm ihn auf den Arm und küßte seine bunten Federn.

Vor vier Jahren hatte ein Matrose eines brasilianischen Reisdampfers dem Emil Bodenstam, Wirt des „Grünen Anker“, gegen drei Flaschen Whisky einen Papagei verkauft. Damals sprach Lori unverfälschtes Zeug. Doch bald hatte er die Begrüßungsworte seines Herrn gelernt und dessen Begrüßungsrufe gegenüber den Gästen übernommen. Seit einigen Tagen nun war Lori still geworden. Er sträubte die Federn, litt an Magenverstimmung, haßte nach jedem, der ihm nahe kam, vertrug sich in die finstere Ecke und verschmähte es sogar, am Sherry zu nippen. Sonst war Lori durchaus kein Berächter dieser edlen Flüssigkeit.

Tags darauf war der dicke Emil ebenfalls krank. „Der Jeschäft liegt mir im Magen!“ rülpte er. Lori sah auf seiner Schulter und sprach Randolis von seinen Lippen. Als er wieder die Federn sträubte, meinte der dicke Emil: „Sind wir beide mal alte Scharteten geworden! Werben uns mal in die Klappe lesen!“

Und tatsächlich: der dicke Emil legte sich ins Bett, und achtundvierzig Stunden später war er tot. Er hatte die ganze Zeit hindurch phantasiert, von einer Regerin aus dem Konga geschwärmt und den Zustand auf Borneo wiedererlebt. Lori sah am Bettende und wandte kein Auge von seinem sterbenden Herrn. Als man den Toten in seinem Sarge fand, schrie Lori begeistert: „Kin in die Bude! . . . Der Saff und die Liebe!“

„Und was sagst du dazu, Kamerad?“

„Jeder Schuß ein Ruß! . . . Nur feste druff!“ war die Antwort. „Bravo, Kamerad!“ meinte der General und las weiter vergnügt die Zeitung.

Lori sah auf einer vergoldeten Stange und blinzelte durch die Scheiben dem erwachenden Frühling entgegen. Er fühlte sich ganz behaglich in diesem komfortablen und luxuriösen Raum. Nur das chinesische Teeservice konnte er nicht leiden. War er unbedacht, dann kletterte er auf den Serviertisch und warf die Schalen herunter. Sechs waren schon in Scherben gegangen. Der General lachte dazu. Die Generalin war empört. Lori konnte sie überhaupt nicht leiden und schrie ihr immer entgegen: „Kin in die Bude! . . . Der Saff und die Liebe!“ Der General lachte dann unendlich, und die Generalin erstickte, dies Bieh sei nicht stubenrein.

„Aber doch immerhin Patriot! An den reicht die Republik nicht ran!“ Und der General erzählte Lori von den Kaisermanövern, mit welchen Worten er seiner Majestät gemeldet habe, und wie schmüde man sie alle verraten und zum Teufel gejagt habe. „Ne undankbare Bande! Alles Bagage heute!“

Lori antwortete nicht darauf, als habe er das Sprüchlein mit den Russen vergessen. Der General sah erstaunt zu ihm herüber. „Bist du krank, Kamerad?“

Lori gab auch darauf keine Antwort, sondern sträubte die Federn. Der General nahm den Vogel lieblos und voll Sorgfalt in die Arme. Abends legte er sich zu Bett. Sechs Tage später standen Offiziere in alten Uniformen am Gange, und ehemalige Kameraden trugen den Sarg die Treppe hinauf. Lori schrie im Salon „Jeder Schuß ein Ruß! . . . Nur feste druff!“

Als der Diener der Zigarrenliste seines verstorbenen Herrn eine Zigarre entnahm, gab Lori seine Zustimmung: „Nur immer mal ran da! . . . Nur immer mal ran da!“

Es war ein nebliger Herbstabend. Die Orchestrionen der Schaubuden vermengten sich zu den disharmonischsten Akkorden. Das Publikum ging gelangweilt weiter, und die Zuschauer suchten sich durch Ueberkreuzen zu überbieten, um die Schaulust der Besucher zu reizen, zu steigern.

„Heut geht ja G'schäft! Schrei, Lori! Besser! Lauter!“ Lori wollte nicht. Er sträubte die Federn.

„Ihm ist kalt!“ meinte eine Frau, die vorbeiging. Lori fühlte sich demogen, die schnarrende Stimme zu erheben: „Kommens her, schöne Frau, junger Herr.“

Die Passanten lachten und ließen sich von Lori ein Glückslos ziehen. Doch sein Herr, Josef Weinerlich, ein verkrüppelter Künstler, der vor seinem Unglücksfall den pompösen Namen Raoul de Maret

auf die Plakate hatte drucken lassen, war mit Lori heute gar nicht zufrieden. „Das Bieh wird mir auch noch krank? Was mach ich dann?“

Lori sträubte die Federn, litt scheinbar an Magenindispositionen und verstummte. Er wollte seine Stimme um keinen Preis mehr hören lassen, und die schönste Dame konnte ihn dazu ebenso wenig bewegen wie der feischeste Herr.

Das Kind und der Bettler

Dezemberkälte und Dorweihnachtstrübel, vor taghellen Schaufenstern Kinderjubel. „Sieh Mutti, den Kochherd, die Puppe hier und diesen Kaufladen wünsche ich mir. Und dann diesen Wagen . . .“ Da dringt ein Flehen ans Ohr der Menschen, die hastig vorübergehen. „Geben Sie, geben Sie“, klagt in den Wind. „Und dann will ich noch . . .“, sagt eben das Kind, da sieht es den Bettler: „Sieh da ein Mann, der hat ja nicht mal einen Mantel an. Friert der denn nicht?“ „Frag nicht so dumm.“ Doch die Kleine fragt weiter, wieso und warum das Christkind dem Mann keinen Mantel schenkt, und wieso es nur an die Reichen denkt. Und dann will es wissen, warum die Armen betteln müssen. Die Mutter lenkt ab. „Sieh da, schöne Sachen.“ Aber die Kleine kann plötzlich nicht mehr lachen und sagt: „Mutti gib du doch dem Mann einen Mantel, den Papa nicht mehr brauchen kann. Weißt du, den, der hinten im Schrank hängt.“ Woran so ein Kind doch nicht alles denkt, denkt die Mutter, als sie es verspricht. Da ist es ihr plötzlich, als wäre ein Licht angezündet in den Augen der Kleinen. Und auch in den Läden und Auslagen scheinen die Lampen heller im Augenblick, als spürten auch sie, daß hier das Glück den Weg in das Herz eines Kindes fand. Viel tausend stehen am Straßenrand. Ihre Stimme klagt laut und flehend im Wind: Denkt an die, die ohne Arbeit sind! Erich Grisar.

„Behn wir z' Haus! Vielleicht wird er g'und bis morgen!“ Und Josef Weinerlich nahm Lori in die Arme, hängte sich die Rüste mit den Glückslosen auf den Rücken und ging in seine kalte Mansarde.

Er hat diese Mansarde niemals mehr lebend verlassen. Beim ersten Schneefall wurde sein Leichnam in ein Massengrab mit großer Geschäftigkeit und ganz ohne Achtung verfrachtet.

Die Professoren standen um Lori herum. „Dieser Vogel dürfte von der berühmten Papageientrankeit befallen worden sein!“ doktrinierte der Chefarzt. „Die Symptome . . .“

„Der Saff und die Liebe!“ schrie Lori. Die Assistenten lachten. „Die Symptome sind bis jetzt noch nicht zur Gänze festgestellt und festgehalten worden, aber . . .“

„Kommens her, schöne Frau, secher Herr!“ ließ sich Lori nicht beirren.

. . . und den Erreger konnte man bis jetzt noch nicht finden. Ich hoffe aber, daß es meiner Klinik vorbehalten sein wird, auch diesen wie bereits schon so viele . . .“

„Feste druff! . . . Jeder Schuß ein Ruß!“ Lori war munter als je zuvor.

Als man den Vogel auf den Seziertisch legte, sträubte er die Federn: „Nur immer mal ran da! . . . Nur immer mal ran da!“ Dann fuhr das Messer in seine Kehle.

Den Erreger hat man nicht gefunden. Der Professor war sehr verärgert. „Werfen Sie mal das Bieh in die Rüste!“

Auf dem Rehrichtsfelde fand ein Rostsammler die bunten Federn und steckte sie sich an den Hut. Er dürfte der einzige gewesen sein, dem die Bekanntschaft mit Lori nicht schlecht bekommen ist.

Max Barthel: Besuch im Kreml

„Propuß?“ fragte der bewaffnete Posten und senkte das Gewehr. „Propuß, Towarisch?“

Eugen Hauelsen zeigte den Ausweis und durfte den ersten Kremisposten passieren, aber er mußte noch einmal das Mandat vorzeigen, ehe er freie Bahn vor sich hatte und das Heiligtum der russischen Revolution, den Kreml, betreten durfte. Am Kreml hatten viele Jahrhunderte mitgebaut. Byzantinische Formen stießen mit italienischen und asiatischen Architekturen zusammen und verschmolzen zu einer phantastischen Einheit. Weiße Verwaltungsgebäude lehnten sich an großartige Paläste und sahen kühl auf die Fahrstraßen und langhingedeckten Plätze. Vor dem Arsenal aber, vor der Kaserne mit den Pyramiden schwarzer Kanonenläufen und vor der Riesentanne Buschtsa erhob sich der verteilerte und gleichende Wärdenswald vieler Kirchen und Kapellen. Sie funkelten golden, blau, silbern, smaragdnen und ockern in den hochblauen Winterhimmel.

Der Kreml, diese bewehrte Burg mit den vielen Kavernen, Kirchen und Palästen, erhebt sich von Mauern umgeben und gut bewacht auf dem Hügel des Roten Platzes. Vom höchsten Rosenturm schlug die vierte Stunde. Dazu kimperte die Melodie der „Internationalen“. Hauelsen verweilte nicht mehr bei der Riesentanne Buschtsa, er ging nach den Kavalierschützen, in denen viele hohe Beamte der Revolution wohnen, und betrat ein Haus. Karl Orloff, von allen rechten Händen Venins die geschickteste und journalistisch begabteste, hatte ihn zu einem Besuch eingeladen. Er kannte Orloff noch von Deutschland her.

Der dritte Jahrestag der großen Revolution war vorbei und im Schnee verweht. Der Rote Platz hatte von den Taktischen der siegreichen Armee und Arbeiterklasse gedöhnt. Der Krieg gegen Polen war beendet. In der Krim hatten die Truppen den Baron Wrangel mit seinen Soldaten in das Schwarze Meer geworfen. Moskau schaute sich nach Frieden. Ein Begräbnis kostete im Schicksalshandel 80 000 Rubel. Für ein Jerkel, „fink wie ein Posten und fett wie ein tatarisches Mädchen“, wurden 45 000 Rubel ver-

langt. Der Arbeiter in den Fabriken verdiente 20 000 Rubel im Monat.

Das Geld war fittion, war Chimäre. Am Reihnjahrstag kostete das Geld überhaupt abgeschafft werden. Wohnung, Licht, Heizung und Eisenbahnfahrt sollte den Werttätigen kostenlos zur Verfügung stehen. Jetzt schon lebten die Arbeiter in der Hauptsache vom Pajok, von der Lebensmittelration. Es gab keinen Tee, man trank heißes Wasser. Es gab kein elektrisches Licht. Nur auf den Straßen flammten die ersten Bogenlampen wieder auf, bleiche, blasseronde nahe den winterlichen Straßen und Plätzen. Die meisten Wohnungen waren kalt und verfallen. Sie waren dunkel und überfüllt. Die Lichtleitungen zerstört, die Wasserleitungen gefaßt; aber es war doch wenigstens Frieden!

An der Kapelle der Überischen Mutter Gottes, sie ist heute abgerissen, drängten sich die alten Weiber und Männer. Bettler mimmerten und berührten mit ihren Stirnen die eisernen Stufen. Aus dem mystischen Dunkel der Kapelle kam dunkel und fliegend die Biance der eingeschüchternen Popen. Weis Leute, die an der Kapelle vorbeigingen, bedrängten sich. An der Mauer über der Straße aber hatten die siegreichen Revolutionäre eine Inschrift anbringen lassen: „Religion ist Opium für das Volk.“

Es gab diese Inschriften und viele Denkmäler in Moskau. Auf den kalten Plätzen standen diese primitiven Denkmäler aus Holz und Gips und verherrlichten Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution. Der Jubelschrei epressionistischer Gemälde raste sich in mannshohen Plakaten aus und oglierte für die neue Front, für die wirtschaftliche. Auf diesen bunten Bildern sah man erfrorene und verlassene Fabriken, trante Eisenbahnen und trauernde Maschinenparks.

Aus den Wäldern kamen riesige Schwärme fräzgender Krähen und schwärzten über dem steinernen Meer der Stadt und über der Moskua, die in vielen verzäulen Kurven durch die Stadt wandelt. Sie schwärzten über den verödeten Boulevards und über

dem Platz und sturzenen Moskau und Berlin der vielen Hundert Kirchen und Kapellen mit den doppelten Kreuzen. Der Winter hatte die Stadt umkrallt und Inollte mit seinen Peitschen.

Im Hotel „Delewoi Dwor“ und im Hotel „Luz“ saßen noch einige Ausländer, die als Delegierte zum zweiten Kongress der Dritten Internationale erschienen waren. Auch in den Hotels war es kalt. Die Delegierten wickelten sich in Decken und Mäntel und erhigten sich in den Diskussionen über Taktik und Strategie des Weltaufstandes.

Hauelsen war kein Delegierter. Er war vielmehr Journalist und hatte in den letzten Monaten in großen Reisen das Land durchstreift, seine Berichte nach Berlin geschickt und Deutschland vergessen. Eine neue Reise sollte ihn mit neuen Kameraden nach dem schwarzen Ural führen. Und nun und jetzt stand er in einem der Kavalierschützenhäuser des Kreml, ließ sich bei Orloff messen und wurde sofort empfangen.

„Seh dich hin, Bursche, gute Tag“, sagte Orloff, der Mann mit den trummen Beinen, den haarigen Händen und dem klugen, bössartigen Gesicht. „Seh dich hin und warte, bis ich mit der „Times“ fertig bin. Die Downingstreet kann es immer noch nicht ertragen, daß wir leben und lustig sind. Die Bords leiden an verstopften Binden, das gibt immer schlechte Träume. Wir liegen ihnen zu schwer im Magen!“

Hauelsen lachte, wie man bei den Wigen eines großen Mannes eben lachen muß, und setzte sich hin. Orloff verzog das groteske Gesicht und las. Manchmal lachte er und zeigte das goldene Gebiß, das er sich damals hatte machen lassen, als er in Berlin, im alten Zuchthaus in der Lehrter Straße als Gefangener saß. Er war damals ein Gefangener, doch in seinem Besuchszimmer verammelte sich jeden Tag das geistige Berlin, soweit es mit Moskau sympathisierte. Endlich warf der Lesende die Zeitung in die Ecke und sagte:

„Na ja, da biste ja! Du wirst gleich rassist. Mit Polen war es Schelbe. Ich war immer gegen den verrückten Krieg, aber Lenin, der Alte, er war dafür und wollte alles auf eine Karte setzen. Hat verspielt. Die polnischen Bauern und Arbeiter wollten von uns gar nicht befreit werden. Sie haben auf uns geschossen, die Teufel, als unsere roten Jungens auf dem Lande requirieren mußten, weil sie nichts zu fressen hatten. Sie haben uns abgelehnt, sogar mich abgelehnt, als ich mit dem Regierungszuge kam . . . Und ihr, was habt ihr damals in Deutschland gemacht, als wir an der Grenze standen?“

„Wir haben Munitionstransporte verhindert, mehr konnten wir nicht tun, Genosse Orloff. Und wir haben jeden Tag Versammlungen einberufen . . .“

„Ich weiß, ich weiß: eine Resolution für die Revolution! Das fecht euch auch ähnlich“, spottete Orloff, „ihr seid ja gar keine Kommunisten, ihr habt ja überhaupt noch nicht begriffen, um was es geht, ihr Armeleuchter! Wir hätten ruhig freipieten können, und ihr hättet, das weiß ich, wunderschöne Trauerreden gehalten!“

Er stand auf und lief mit großen Schritten in dem böcherüberfüllten Arbeitszimmer hin und her, wie er auch damals in Berlin, im alten Zuchthaus in dem kalten Besuchszimmer hin und her gelaufen war, wenn er seinen Gästen von der russischen Revolution erzählte.

„Im Weltkrieg sind 12 Millionen Menschen gefallen“, sagte er und blieb stehen. „Wir haben bis jetzt in den drei Jahren Bürgerkrieg wahrscheinlich mehr Opfer verloren als in den drei Jahren Weltkrieg. Erschossen. In Tode gemartert. Erfroren. Von den Seuchen dezimiert. Verhungert. Mensch, habt ihr denn kein Gemissen? Hört ihr nicht das große Geräusch? Nein, ihr habt kein Gemissen“, begann er zu loben. „Ihr habt ja auch im Kriege die Schlinge gehalten und den Schädel hingehalten für die Sache eurer Feinde. Schöne Revolutionäre seid ihr, meine Freije!“

Er blieb noch einmal stehen, ließ noch einmal wild durch das große Zimmer und baute sich noch einmal vor dem Gast auf.

„Hier auf diesem Stuhl, den du eben so breit anwärms!“ erklärte er, „hat vor einigen Tagen Gorki gesessen. Du bist ein Ähnlicher Fall. Aber du darfst nicht großmännlich werden, Gorki kann viel mehr als du. Ich wollte nur sagen, denn ich hab dich gern, daß du ebenfomenig wie Gorki Kommunist bist!“

„Das ist ja allerhand, wirklich, Orloff, ich bin ja schon mit im Spartakusbund gewesen. In den Gefängnissen war ich übrigens auch, und keiner kann sagen, daß ich mich irgendwo gedrückt habe!“

„Alles kein Beweis, lieber Junge, alles kein Beweis. Gorki fragte mich auch warum und wieso. Ich sagte ihm: „Ich kenne alle Ihre Bücher, teurer Genosse, und wenn man solche Bücher schreibt, wird man kein Bolschewik, die Briefe, die Ihnen Lenin schrieb, süßen meine Theje. Sie sind Tolstojaner, Gorki“, habe ich gesagt. „Mitleid mit aller Kreatur ist in Ihnen.“ Er zuckte mit den Schultern und machte ein Wolkengesicht, wie du jetzt mit den Schultern zuckst und ein unwohltes Gesicht machst!“

Orloff lachte.

Hauelsen fragte: „Schließen sich Kommunismus und Mitleid zu aller Kreatur gegenseitig aus, Towarisch? Das ist ja dann ein schöner Kommunismus!“

Orloff schliefte das goldene Gebiß.

„Mitleid ist jetzt konterrevolutionär“, begann er zu knurren. „mit Mitleid macht man keine Revolution. Wir haben mit Maschinenengewehren gesiegt und nicht mit Mitleid! Erwinnere dich, als wir unsere Revolution machten, hat uns Gorki in seiner Zeitung zuerst bekämpft! Leidenschaftlich! Du, mein Junge, nein, du hast uns nicht bekämpft, aber ich kenne ja deine tyrischen Bücher! Du bist erkannt, mein Freund!“

Wie hast du auf das Blutgebrüll des Krieges reagiert? Du lagst ja auch mitten in der Scheide, aber du brauchst nur mal einen Tag Ruhe zu sein, da brauchst nur die Sonne zu scheinen oder ein Piepooel zu zwitschern, da war der Hauelsen selig und schrieb seine Hymnen an die Sonne und an den Frieden! Wir reagierten anders! Lenin schrieb: „Gebt die Waffen nicht aus den Händen! Verwahrt den imperialistischen Krieg in den Krieg gegen die nationalen Ausbeuter!“ Na ja, du bist ein Deutscher“, schloß er seine Erklärung und verzog das Gesicht zu einer Grimasse. „Du bist ein Dichter!“

„Was hast du gegen die Dichter? Was hast du gegen die Deutschen?“ fragte Hauelsen. „Einmal schreibst du“, fuhr er fort, „daß du immer und immer wieder auf den Füßeln deiner Liebe zu den deutschen Arbeitern zu uns kommen willst!“

„Gut gegeben, gut gebrüllt, Löwe!“ lachte Orloff, „aber dein Jitak paßt jetzt nicht her, jedes Jitak ist unpassend, mit Jitaken kann alles bewiesen oder widerlegt werden, deshalb wird ja auch viel zu viel jitiert, Genosse! Aber nun verbühne, Towarisch.“ schloß er unvernünftig, wie es seine Art war, „hau ob, ich habe Arbeit und muß mit der blöden „Times“ fertig werden.“ er lächelte. „wie wir später einmal mit dem old merry England fertig werden müssen. England ist unser Hauptfeind!“ Er lachte laut und endete grotesk: „Gott strolche England!“

Hauelsen war entlassen und ging nach dem Hotel. Es war schon dunkel. Schnee fiel und durch das wirbelnde Tuch des Schneefalls dunkelten gepensterhaft die Kirchen, Paläste und Zinnen der Kremnmauer. Und der trummbeinige Jude Orloff aus Galizien, der schlecht deutsch, schlecht polnisch und schlecht russisch sprach und trotzdem ein hinreichender Redner und Journalist war, sah wieder über der „Times“, kloppte die Bruststellen des britischen Imperialismus ab und hülfte sich und das Arbeitszimmer in blauen Tabaktrough.

Reichstagsabgeordneter fertigtgebracht, sich zu Mussolini zu bekennen und sich gegen die deutschen Südtiroler zu wenden. „Südtirol parade!“ riefen die Nazis in Innsbrucker Gassen. „Zu Mantua in Banden der treue Hofer war“ und „Ganz Deutschland, ach, in Schmach und Schmerz, mit ihm das Land Tirol“, so hat man uns in der Schule singen gelernt, um uns nationale Begeisterung und deutsche Treue beizubringen. Das aber ist das Deuschtum der Nazis, daß sie die geknechteten Deutschen in Südtirol verraten. Überall predigen sie, daß sie Arbeit und Brot schaffen werden, wenn sie in Legalität zur Macht kommen. So oft haben sie dem Bürgertum vorgebetet, daß sie zur Macht kommen, bis große Teile dieses Bürgertums es gläubig nachgebetet haben, bereit, sich selbst den Strick zu kaufen, um sich daran zu Ehren Hitlers aufzuhängen.

Wir aber haben andere Aufgaben!

Wir schmieden die eiserne Front.

wir werden zeigen, daß wir eisern zusammenstehen. Je mehr ein heftiges Dokument und ein Gregor Straßer mit Blutergüssen drohen, desto fester halten wir zusammen. Auf die Tiraden Hitlers von der Waffenlosigkeit seiner Anhänger und von ihrer Friedensliebe erwidern wir nur: woher käme denn sonst der unaufhörliche Strom von Gewalttaten, der Deutschland auf das Niveau Mozambiques gebracht hat und den es vor dem Auftreten der Hitlerpartei gar nicht gegeben hat, woher sonst als von ihr? (Stürmische Zustimmung.) Wir verwerfen die Gewalttat, aber wir wehren uns, wenn wir angegriffen werden. Die Pläne der Hitler-Armee und ihrer Offiziere, die in Bolschewiken und sonstigen als Soldaten gedient haben, sind ausreichend bekannt, auch den zuständigen Reichsstellen. Sie müssen den Kampf gegen diese Verfassungsfeinde führen. Wir aber haben wahrlich keinen Anlaß, ihnen den Weg zur Macht freizugeben.

Darauf schließt Wels die Konferenz mit dem Aufruf an alle Republikaner, sich immer fester zu vereinigen zur Verteidigung der demokratischen Republik gegen den haherfüllten, blutdürstigen Feind: Nacht gegen Nacht! Vorwärts durch Kampf zum Sieg! (Begeisterter anhaltender Beifall.)

Kampfversammlung in Braunschweig. Stürmischer Beifall der Eisernen Front.

Braunschweig, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Als heute abend in einer überfüllten Mitglieder-versammlung des Ortsvereins Braunschweig Genosse Stämpfer von der Schaffung der eisernen Front der sozialistischen Arbeiterorganisationen Kenntnis gab, durchbrauste stürmischer, nicht erdenmößlicher Beifall den Saal. Gerade in Braunschweig, deren wertvolle Bevölkerung seit einviertel Jahren dem Terror der Nazis ausgesetzt ist, fand die Gründung jubelndes Echo. Nicht minder beifällig wurde das Gelöbnis des Genossen Stämpfer aufgenommen.

daß die Sozialdemokratische Partei alles tun werde, um die Faschisten in Deutschland nicht zur Macht gelangen zu lassen.

Im Gegensatz zu den Kommunisten kämpft die SPD. um die realen Arbeiterinteressen und mehrt damit am besten dem Faschismus.

Unsere Partei toleriert nicht die Rotverordnung, soweit ihre Bestimmungen sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse richten. Allerdings kämpft die Sozialdemokratie mit wirksameren Mitteln um die Erhaltung und Verbesserung des Reallohnes als die sich radikal gebärdenden Rotkämpferpartei. Daß die Arbeiterschaft heute durch Rotverordnungen so schwer belästet wird,

darf sie die proletarischen Wähler verantwortlich zu machen, die am 14. September 1930 auf die Demagogie der Sowjet- und linken Propaganda hereinverfallen sind.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde im Sinne der Ausführungen des Genossen Stämpfer eine Entschließung angenommen, die das Kampfgelöbnis der braunschweigischen Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt.

Die Führung des Reichsbanners.

Höllermann geschäftsführender Bundesvorsitzender.

Magdeburg, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Bundespressstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

„Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat am Mittwoch, dem 16. Dezember, in Magdeburg zusammen. Von Otto Hörling lag folgendes Schreiben vor:

„Dem Wunsche unserer Gauführer entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonderen, technisch organisatorischen Führungskörpers habe ich den Kameraden Höllermann mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt. In engstem Zusammenhang damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten im Reichsbanner zukünftig gelöst werden müssen.“

Eine Aussprache zwischen Höllermann und mir über die Gesamtlage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgaben ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höllermann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen. Damit ist nach meiner Überzeugung die Gewähr gegeben, daß die bisherige einheitliche Leitung unseres Bundes nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird.

Ich werde als 1. Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen. Diese innerorganisatorische Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Zielsetzung unseres Bundes. Es bleibt bei unserer alten Parole: Nichts für uns — alles für Deutschland!“

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig gemäß Hörlings Vorschläge. Es wurde ferner beschlossen, den Bundesrat des Reichsbanners zum 27. Dezember nach Berlin einzuberufen.

Arbeitslosenfundgebungen in Paris. Als die Abbrucharbeiten der Kolonialausstellung in Paris begannen, demonstrierten mehrere tausend Arbeitslose und stellten die Forderung, bei diesen Arbeiten beschäftigt zu werden. Sie konnten nur mit Mühe und nicht ohne Zwischenfälle durch die Polizei vertrieben werden.

Schulze-Naumburg gefändigt. Das thüringische Volksbildungsministerium hat den von dem Naziminister Fric als Leiter der Vereinigten staatlichen Hochschulen für bildende Künste und Baukunst in Weimar eingesetzten Professor Dr. Schulze-Naumburg zum 1. April 1932 gefändigt.

Braunschweiger Gehenswürdigkeit.



Landtagspräsident Börner: „Immer hereinspaziert, meine Herrschaften, nur hier bei mir sehen sie die letzten wilden Nazis in der echten Kriegsbemalung!“

Hitlers Nordbuben überführt.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme im Prozeß gegen die Mörder Schneiders.

Die Beweisaufnahme in dem Hufelandstraße-Prozeß ward gestern so gut wie abgeschlossen. Die vier auf Antrag der Staatsanwaltschaft und des Nebenklägers noch zu vernehmenden Zeugen dürften das durch die viertägige Verhandlung gewonnene klare Bild der Ereignisse in jener Nacht höchstens nur vervollständigen. Diesen Zeugen gegenüber sollen die Angeklagten ihre Tat gestanden und über ihren Fluchtplan erzählt haben. Am Freitag folgen die Plädoyers, der Sonnabend bleibt sittingsfrei, am Montag wird das Urteil gesprochen.

Die Bemühungen der Gesinnungs- und Parteigenossen der Angeklagten, das eindeutige Ergebnis des Prozesses zu verwischen, hatten keinen Erfolg. Sie durften ja gar nicht die Wahrheit sagen, sie hätten sonst zugeben müssen, daß sie gemeinsam mit den Angeklagten die Angreifer waren, sich also strafbar gemacht haben. Sie hätten ihre Aussage verweigern können; das wollten sie aber nicht, sie sollten ja Entlastungszeugen sein. Deshalb waren ihre Aussagen widerspruchsvoll und standen auf Kriegsfuß mit den Tatsachen.

Die Verteidigung ist bestrebt, die Dinge so darzustellen, als wären die Schüsse auf Schneider und Graf gewissermaßen nur die Fortsetzung der Schlägerei, die sich vor wenigen Minuten in der Hufelandstraße abgespielt hatte. Die Tat der Angeklagten hat aber in Wirklichkeit damit nichts zu tun. Was vorangegangen, war nichts anderes als eine Säuberungsschlägerei mit politischem Hintergrund, veranlaßt durch die Nationalsozialisten. Beide Parteien waren geschickig genug, die Sache nicht bis zum äußersten zu treiben, dafür spricht Bresslers Schreckschuß wie auch die Tatsache, daß die Schneiderschen Gäste verhältnismäßig harmlose Werkzeuge

im Gefecht führten, und sich damit begnügten, den Gegner in die verdiente Flucht zu schlagen. Als Kollah und Genossen zum zweiten Male auf der Bildfläche in der Hufelandstraße erschienen, war alles vorbei. Sie legten sich einen neuen Kriegsplan zurecht, Becker drang in den Laden: „Ich habe mir selbst das Recht dazu genommen“, sagte er zur Mutter. Und das war es. Er hatte sich das Recht der Durchsuchung der Schneiderschen Wohnung genommen, ganz so wie seine Parteigenossen in Braunschweig und Göttingen. Er hat auch gleich aus eigener Machtvollkommenheit das Urteil gegen Willi Schneider gesprochen und es vollstreckt! Dies der tiefere Sinn der Brutalität in der Hufelandstraße.

Daß der tödliche Schuß im Laden von niemand anders als von Becker herrühren konnte, bestätigten auch die Gutachten der Sachverständigen. Die Obduktion ergab einen Durchschuß durch die Leber und die Nieren. Die Stellung, in der der Mörder und sein Opfer einander gegenüberstanden, steht nicht im Widerspruch zur Schilderung. Die Pulverlöcher, die in der Wandung von Willi Schneiders festgestellt wurden, sagte Dr. Witzholt vom Gerichtlich-Medizinischen Institut, beweisen, daß der Schütze sich in etwa ein Meter Entfernung von dem Angeklagten befunden hat. Das entspricht der Distanz zwischen Willi Schneider und Becker.

Die Aussagen der Gesinnungsgenossen der Angeklagten verdienen nur summarisch erwähnt zu werden. Am interessantesten waren die Aussagen der unparteiischen Zeugen. Sie fallen sehr zuungunsten der Angeklagten ins Gewicht und zugunsten Schneiders und dessen Gäste.

Stimson verteidigt das Hooverjahr

Deutschlands Schicksal — das Weltchicksal.

Washington, 16. Dezember.

Im Arbeitsausschuß des Repräsentantenhauses verteidigte Staatssekretär Stimson das Hoover-Jahr, durch das der Zusammenbruch Deutschlands und eine gleichzeitige finanzielle Panik in der Welt verhindert worden sei. Ohne das Moratorium wäre es möglicherweise zu einer Zahlungsstillstellung aller Schuldner der Vereinigten Staaten gekommen. Es sei nicht richtig, daß die Vereinigten Staaten durch die Annahme des Hoover-Plans ein größeres Opfer bringen würden als andere. Unrichtig sei weiter, daß die Weltung vorliege, die Schuldner der Vereinigten Staaten würden die Ausdehnung des Moratoriums über Juni 1932 hinaus beantragen. Auch stimme es nicht, daß die amerikanische Regierung die Billigung des Kongresses zu fremden Anleihen benötige.

Stimson wies weiter darauf hin, daß Deutschland bis zum Jahre 1929 von fremden Anleihen abhängig gewesen sei. Nunmehr sei es auf seinen Außenhandel angewiesen. Nach einem Hinweis auf die außerordentliche Höhe der deutschen Jahreszahlungen und der Privatschuldendienst erklärte der Redner, die Geschichte Deutschlands rechtfertigte das Vertrauen in den Charakter des deutschen Volkes, seine technische Leistungsfähigkeit und industrielle Zukunft.

Ein gesundes Deutschland sei das beste Bollwerk gegen Unsicherheit und Kommunismus. Ein Zusammenbruch des Deutschen Reiches würde die Finanzsysteme aller großen Länder einschließlich der Vereinigten Staaten berühren.

Von der gefährlichen Lage, in der sich das Reich befindet, habe die Washingtoner Regierung zum erstenmal im Mai 1931 durch ihre Diplomaten und durch die Bundesreservobanken Mitteilung erhalten. Im Juni 1931 sei dann eine Verschlimmerung der Lage eingetreten. Wenn der deutsche Handel zusammenbrechen würde, so würden die Rohstoff- und die Lebensmittelpreise in der Welt folgen. Eine deutsche Revolution würde alle Verpflichtungen zerstören. Das Hoover-Jahr sei gerechtfertigt, weil es den Gläubigern Zeit gebe, damit sich die Schuldner wieder erholen könnten.

Nach Stimson sprach Unterstaatssekretär Mills. Er erklärte, daß das Hoover-Jahr notwendig gewesen sei, um eine Katastrophe zu vermeiden. Die Absicht Hoovers und das Ziel der

Londoner Ministerbesprechungen sei gewesen, die in Frage kommenden großen Mächte davon zu überzeugen, daß durch eine Festigung der Lage Deutschlands die Anleihen am besten gesichert würden.

In großer Erregung, wobei er mit der Hand auf das Rednerpult schlug, schildert Mills dann das Ausmaß der europäischen Katastrophe im Falle eines deutschen Zusammenbruchs. Eine neue deutsche Inflation würde eine allgemeine Panik hervorrufen.

Mitte Januar Reparationskonferenz?

Verwaltungsratsitzung der B33. soll vorhergelegt werden.

Basel, 16. Dezember.

Aus Kreisen der B33. verlautet, daß man beabsichtigt, die für Mitte Januar vorgesehene Verwaltungsratsitzung um etwa acht Tage vorzuzerlegen. Man bringt diese Verlegung mit der Annahme in Zusammenhang, daß Mitte Januar vielleicht die Reparationskonferenz über die Reparationen stattfinden wird. Dem Verwaltungsrat wird ebenso wie den Regierungen der zu erwartende Bericht des beratenden Sonderausschusses vorgelegt. Man nimmt außerdem an, daß verschiedene Mitglieder des Verwaltungsrats, wie zum Beispiel Dr. Reichler, als Delegationsmitglieder an der Reparationskonferenz teilnehmen werden.

Der Regierungswechsel in China.

Standrecht in Nanjing.

Li Sen hat das Amt des Staatspräsidenten angenommen. Finanzminister Sung und Außenminister Dr. Wellington Ku sind zurückgetreten.

In Nanjing ist infolge der Studentenunruhen das Standrecht erklärt worden. Truppenabteilungen mit Maschinengewehren und berittenes Militär patrouillieren. Das Außenministerium und das Hauptquartier der Kuomintang-Partei sind von starken Wachen besetzt.

Die Junker am Dranger.

Ihr Kampf gegen Klepper führt zu ihrer eigenen Stämpfung!

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung steht zunächst das deutsch-nationale Misstrauensvotum gegen den Finanzminister Klepper.

Abg. von Rohr begründet den Antrag und verlangt zunächst Herbeiführung des Ministers, die mit den Stimmen eines Teils der Staatspartei beschlossen wird.

Die Sitzung wird bis zum Eintreffen des Ministers vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung macht Präsident Wittmoos darauf aufmerksam, daß nach dem Standpunkt des Geschäftsausschusses die Begründungsrede für das Misstrauensvotum durch die erfolgte Abstimmung beendet sei. Dem eine Abstimmung während einer Rede solle nicht statthaft sein.

Die Abg. Borch (Dnat.) und Stendel (D. Sp.) widersprechen.

Abg. Leinert (Soz.): Im Entwurf der neuen Geschäftsordnung ist klar ausgesprochen, daß eine Abstimmung nur nach einer Rede erfolgen kann. Bisher war die Frage strittig, und strittige Fragen entscheidet entweder der Präsident selbst oder er kann das Haus befragen.

Präsident Wittmoos: Ich will dann entscheiden, daß Herr von Rohr seine Rede fortsetzen darf.

Abg. von Rohr: Der neue Finanzminister hat die von ihm früher geleitete Domänenpächterbank in sehr schlechtem Zustand verlassen. Als Präsident der Preußenkasse hat er es dann verstanden, im größten Maßstab die Landwirtschaft durch die Schneberei der Klepper-Agenten zu schinden, die man im Lande „Klepper-Jünglinge“ nennt. (Zurufe links: Junkerfressheit!) Daß dies absichtlich geschieht, um die Landwirtschaft in ein Joch der Abhängigkeit zu zwingen, hat der Wirtschaftsjahresbericht der Gewerkschaften, Professor Wederer, ausdrücklich ausgesprochen. Den Scheuer-Konzern hat Klepper zu einem viel zu teuren Preise gekauft auf Grund gefälschter Bilanzen. Damit hat er systematisch den freien Handel ausgeschaltet. Eine besonders dunkle Rolle spielt dabei Staatssekretär Jagodaen. (Zuruf links: deutsch-national!) Ja, die Jagodaen, Rindener, Schiele, Schlang-Schönungen und Klepper sind alle einmal deutsch-national gewesen. Aber müssen denn alle, die auf eine abschüssige Bahn geraten, gerade bei Herrn Klepper unterkommen? (Zuruf bei der Sozialdemokratie: Sie werfen also Herrn von Rindener Korruption vor?) Er ist politisch abgerichtet, und das Politische und das Charakterliche geht immer durcheinander. (Stille links.) Jedenfalls hat das System Klepper in der deutschen Landwirtschaft grenzenlose Erbitterung und Verzweiflung ausgelöst. Je höher Herr Klepper gestiegen ist, desto tiefer ist die deutsche Landwirtschaft gesunken. (Stille links.) Mit Zunderbrod und Peitsche hat Klepper einen großen Teil der Kreditnehmer dahin gebracht, daß sie nicht mehr den Mund aufzumachen wagen. Besonders empört hat uns, daß er bei der Huldigung des Ewigenmünder Genossenschaftstages für den Feldmarschall Radenfen ostentativ sitzen geblieben ist. Dieses System trägt alle Zeichen des fälligen Verfalls an sich. (Große anhaltende Unruhe links.)

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Herr von Rohr hat mit jeder seiner Reden bewiesen, daß er zu provozieren gewillt und befähigt ist. Aber so verantwortungslos und leichtfertig wie heute hat er doch noch nie gesprochen. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Formulierung der verwerflichsten Demagogie: je höher Klepper stieg, desto höher stieg die Not der Landwirtschaft, sollte sich der tiefstehende Versammlungsredner schämen. (Sehr gut!)

Gestern hat der Landwirtschaftsverband Ostpreußen den Reichspräsidenten gebeten, schleunigst seinen Platz zu räumen. Heute hat Herr von Rohr auf Klepper geschlagen und Hindenburg gemeint; er hat nur nicht den Mut gehabt, seinen wirklichen Feind beim Namen zu nennen.

Ueber Herrn Klepper haben wir im Hugenbergschen „Tag“ bei seinem Amtsantritt lesen können, man könne ihm die jüdischen Fähigkeiten für sein Amt nicht absprechen. Aber leider könne man einen Minister dieses Systems das Vertrauen zu seiner Sachlichkeit nicht unbedingt entgegenbringen. Nach dieser Anerkennung Hugenbergs muß die persönliche Kritik des Herrn von Rohr an Klepper als reine Demagogie gemertet werden.

Herr von Rohr glaubt offenbar, den heftigen Konkurrenzkampf, in dem er augenblicklich mit den Nationalsozialisten steht, am besten durch eine möglichst schmutzige Art der Polemik bestehen zu können. Aber die Nationalsozialisten haben ja bereits mehrfach den Deutsch-nationalen erklärt, sie seien nur der Feind, der sich an der starken Eiche lieblich emporzuranken habe. Die Eiche ist also Herr Kube, und der Feind Kauhald muß sich hübsch klein machen. (Schallende Heiterkeit.)

In einer kleinen Anfrage haben die Deutsch-nationalen hier die Vermutung ausgesprochen, die Preußenkasse sei nicht liquide.

Aber sollten nicht gerade jetzt die Deutsch-nationalen etwas zurechthaltender sein? Die Direktoren der Pommerischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft sind in der letzten Woche wegen Steuerhinterziehung zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Und den damit schwer belasteten Herrn von Rohr stellt die deutsch-nationale Fraktion zur Begründung des Misstrauensantrages gegen den Herrn Finanzminister heraus.

Sie läßt den Misstrauensantrag unterschreiben durch ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. von Winterfeldt, den Direktor der Kur- und Neumärkischen Ritterschafsbank; ich frage Herrn von Winterfeldt, ob seine Bank ohne Reichs- und Staatshilfe heute noch zahlungsfähig wäre, oder ob er der Leiter eines Instituts ist, das in weitem Umfang öffentliche Hilfe hat in Anspruch nehmen müssen. (Große Bewegung.) Er zweifelt die Liquidität der Preußen-

kasse an; aber zur Liquidität seiner eigenen Bank hat er die Hilfe der Preußenkasse in Anspruch genommen.

Ich habe vor mir den Bericht des 20. Untersuchungsausschusses über die Raiffeisen-Bank unter Leitung des deutsch-nationalen Reichstagspräsidenten Dietrich und des deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten Seemann-Eggebert; un widersprochen mit den Stimmen der Deutsch-nationalen hat dieser Untersuchungsausschuss festgestellt, das Direktorium habe gänzlich zerfallen und verantwortungslos gehandelt, und der Beamtenapparat sei völlig desorganisiert gewesen. Ihre Personalpolitik, meine Herren! (Große Heiterkeit links.)

Einmütig hat dieser Untersuchungsausschuss festgestellt, daß in dieser Bank unter Ihrer Leitung eine sehr bedenkliche Korruption eingetreten war. Der sehr vorsichtige frühere Finanzminister Dr. Höpfer-Wilshoff hat an dieser Stelle gefagt, die Raiffeisen-Bank sei ein Augustkall gewesen. Und trotzdem hindert Sie kein Schamgefühl, das Misstrauensvotum gegen den neuen preussischen Finanzminister in dieser Art zu begründen. (Sehr gut! links.)

In einer Versammlung in Danzig hat der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Steinhoff geäußert: „Alle preussischen Staats sind falsch und der Eiert, den das Kabinett demnächst vorlegen wird, wird auch falsch sein.“ So sprechen Deutsch-nationalen vor den Ohren Polens. So verantwortungslos verleumben sie in dem Augenblick, in dem Deutschland entscheidende Verhandlungen über Reparationen und Privatschulden führt.

Mit vollendeter Gewissenlosigkeit haben sie auch heute gegen Deutschlands zweitwichtigsten Finanzverwalter den Dolchstoß geführt.

Die Deutsch-nationalen haben damit zum Ueberflus noch einmal den Beweis erbracht, daß ihnen jeder Wille und jede Fähigkeit fehlt, im nationalen Sinne zu arbeiten. Sie kennen nur Parteigaitation und kleinliche Konkurrenz-macherei gegen ihre nationalsozialistischen Rivalen. Die Sozialdemokratie wird in ihrer verantwortungsbewußten Politik und in der Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands für eine bessere Zukunft der Nation fortfahren. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marchl (Dnat.): Die unrettbar verworrene Lage kommt von der Ueberforderung der sozialpolitischen Leistungen, von der Ueberforderung der öffentlichen Wirtschaft und von der Bereitwilligkeit zur Tribuspolitik her. (Lebhafte Zurufe: Sie haben ja selbst für den Dames-Bien gestimmt!) Alle Angriffe gegen einzelne Deutsch-nationalen sind keine Rechtfertigung des neuen Finanzministers.

Abg. Schwenk (Konm.): Die preussische Regierung ist ja nur Durchführungsorgan der Brüning-Diktatur.

Auch die Abg. Meitzen (D. Sp.) und Keller (Landvolk) erklären die Zustimmung zu dem Misstrauensantrag.

Nach einem Schlusswort des Abg. Kauhald wird die Debatte geschlossen; die Abstimmung findet am Freitag statt.

Es folgt der sozialdemokratische Antrag auf kräftigeres staatliches Einschreiten gegen Gesetzesverletzungen und Gewalttätigkeiten auf dem Lande.

Abg. Peters-Hochdunn (Soz.):

Das Unglück der deutschen Landwirtschaft, namentlich der Klein- und mittelbäuerlichen Veredelungswirtschaft, beruht zutiefst auf dem Schwanden der Kaufkraft der Massen. Wenn die ländlichen Arbeiterverbände der Grenzmark fordern, den Lohn der Deputatarbeiter auf 4 Pf. pro Stunde, der Freiarbeiter auf 18 Pf. pro Stunde zu setzen, handeln sie direkt bauernfeindlich. Statt die wirkliche Ursache der Not abzustellen,

gründet man Bauernnotgemeinschaften, die Zwangsversteigerungen mit Gewalt verhindern und auf dem Lande einen wüsten Terror ausüben. In Schleswig-Holstein sind durchweg ehemalige Offiziere und alle Bombenleger ihre Führer.

Ein großer Teil dieser Leute hat seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch selbst verschuldet; auf dem Lande weiß man ja sehr genau, wie der einzelne wirtschaftet. Herr von Rohr ist jetzt durch Ostpreußen gereist, um diese Terrororganisationen auch dort zu propagieren. Er hat in Bartenstein die Parole ausgegeben:

Wer Zentrumsmann oder Sozialdemokrat, Gewerkschafter oder Pazifist ist, ist Feind des deutschen Bauern und des deutschen Ostens. So kann nur ein frecher Junker reden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man erklärt sich durch die Not gezwungen, alle Zahlungen für die öffentliche Hand einzustellen. Aber man zieht mit reichlichen Geldmitteln neue gelbe Organisationen auf. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aus Dithmarschen sind sechzig Lastautos zum Braunschweiger Hitler-Tag gefahren!) Den Gemeindevorsteher werden die Feuerscheiben eingeschlagen, Leute, die im Verdacht stehen, bei Auktionen bieten zu wollen, werden mißhandelt, Handwerker und Geschäftsleute, die ihr Geld haben wollen, in Verfall geraten.

Mit allen Mitteln wird die Staatsgewalt untergraben und die Anarchie proklamiert. Wir verlangen von der Staatsregierung, daß sie die sozialen Versicherungen und die Kohlarife, die öffentliche Ordnung und den inneren Frieden gegen die Gewaltmethoden des Landbundes energisch schützt.

(Lebhafte Beifall.)

Abg. Frau Mehlis (Dnat.): Die Bauern sind eben verzweifelt. Abg. Graf Kanitz (D. Sp.): Wir können nicht zahlen. Unser ungefundenes Kredit- und Geldsystem ist eine reglementierte Verelendung. Wir müssen zu einer Ausweitung des Kreditvolumens und zur Ausschaltung der Gewerkschaften kommen.

Abg. Weidemann (Soz.):

Auch der ehemalige Herr Reichsminister Graf Kanitz hat die absolute Willkür proklamiert und die völlige Kapitulation der Staatsgewalt vor den Landwirtschaftsverbänden gefordert, vor den Landwirtschaftsverbänden, deren Kreisführer er ist, während er den Landarbeitern Recht und Möglichkeit zur Organisation rauben will. Wir verkennen die Not der Landwirtschaft nicht. Aber wir wissen auch, daß der Gesamtanfang aller Landwirte ein alter Plan des Landbundes ist.

Wir wissen, daß die agrarischen Kreise Ostpreußens seit langem von einem Abfackeln der Provinz, also ihrer Austlieferung an Polen, sprechen. Wir wissen, daß man gegen zahlungsunfähige und zahlungswillige Landwirte denselben schamlosen Terror übt wie gegen die Landarbeiter.

Die Nationalsozialisten in Ostpreußen gehen freilich noch über das Programm der Landwirtschaftsverbände hinaus und haben ein ganzes System neuer Leibeigenschaft ausgearbeitet. Aber die Großgrundbesitzer, auch soweit sie noch nicht Nationalsozialisten sind, sind eifrig an der Arbeit, Teile dieses Dritten Reichs schon in der Republik zu verwirklichen. Überall wird den Landarbeitern der Krankenchein mit der Begründung verweigert, die Landwirtschaftsverbände hätten beschlossen, die Krankenerleichterung aufzugeben. Graf Kanitz hat auch heute wieder von der steuerlichen Ueberlastung gesprochen.

Dabei zählt seit Jahr und Tag die Großlandwirtschaft überhaupt keine Steuern mehr.

Die radikalisierte Großlandwirtschaft will das Chaos herbeiführen, um mit einer gewalttätigen Zerstörung aller Rechtsgrundlagen zugleich alle Arbeiterrechte zu vernichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die weitere Debatte wird um 20½ Uhr auf Donnerstag 12 Uhr vertagt; vorher dritte Lesung des neuen Beamtendisziplinarrechtes.

Juncker fordern Hindenburgs Rücktritt.

Agrarierdreifigkeit aus Ostpreußen.

Die nationalsozialistisch verfaßte ostpreussische Landwirtschaftskammer hat sich berufen gefühlt, mit 54 von 76 Stimmen einen Beschluß zu fassen, nach dem dem Reichspräsidenten durch den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer folgendes erklärt werden soll:

„Der ostpreussische Landstand erkennt die Machtlosigkeit des Herrn Reichspräsidenten der heutigen Systemkraft gegenüber. In tiefster wirtschaftlicher und festlicher Not bittet er den Herrn Reichspräsidenten, sowohl für seine Person als für das derzeitige Reichskabinett, den Weg als bald freizumachen für Männer, die, aus Kampf und Blonden zusammengesetzt, jetzt nur noch allein in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das deutsche Volk zu retten.“

Der Präsident der Kammer, Dr. Brandes, hat danach ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, daß die Pressemeldungen über diesen Beschluß „in dieser Form“ nicht zuträfen. Der Beschluß ist so, wie wir ihn wiedergeben, gefaßt worden, und kein verlegenes Schreiben und keine Ausrede schafft ihn aus der Welt.

Dieser Beschluß ist die Quittung für die gewaltigen Millionenbeträge, die das deutsche Volk an die ostpreussische Landwirtschaft gezahlt hat. Er ist eine ausgekochte Junkerdreifigkeit, und wir fordern die Regierung auf, ihr Aufsichtrecht über diese Kammer sehr energisch anzuwenden!

Die deutsche Zahlungsbilanz.

Der Bericht des Baseler Unterkomitees.

Basel, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Unterkomitee für Statistik des Sonderausschusses der BZG hat einen Bericht fertiggestellt. Er enthält genauere Angaben über die deutsche Zahlungsbilanz, die ein Defizit von 1300 Millionen Mark aufweist. Das Komitee kommt zu dem Schluss, daß es unmöglich sei, eine genauere Ziffer für die deutschen Guthaben im Ausland anzugeben, daß diese jedoch mehr als 8500 Millionen Mark betragen würden. Der Bericht betont aber zugleich den provisorischen Charakter dieser Schätzungen. Im Falle einer Änderung der Wirtschaftslage würden die Zahlen binnen kurzem ganz anders lauten.

Die Form, die dem Schlussbericht des Unterkomitees zu geben ist, steht noch nicht fest. Hinsichtlich der Kompetenz des Sonderausschusses bestehen noch ernstliche Meinungsverschiedenheiten.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schimanski; Solales und Sonstiges: Reich-Rothardt; Anzeigen: Th. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. (siehe 2. Beilage.)

Hochfeine farbige Herren-Oberhemden aus edlem Popeline oder feinem Makogarn, wirklich eleg. Genre, mit 1 Kragen nur **6.-**

Ein Sortiment weißer Herren-Oberhemden aus durchgewebten Stoffen, vorzügliche Qualität, nur **4.-**

Das unermeßliche Lager von **Winter-Mänteln** enthält Mäntel aus nur guten Stoffen mit und ohne Pelzschmuck in modernen Schnitten, auf elegantem Futter bis zu den kostbarsten **Modell-Mänteln** zu äußerst niedrigen Preisen. **Pelz-Mäntel** aus allen erdenklichen Pelzarten in größter Auswahl ungewöhnlich billig.

Elegante reinesidene Herren-Krawatten in modern. Mustern in schwerer Qualität nur **2.-**

Leopold Gadiel Das Haus für grosse Weifen

KÖNIG-STR. 22-26

Hochelagante Crêpe-Satinkleider mit hell abgetönt. Ausschmück-Garnierung u. entsprechender Aermel-Verlängerung, modernem Glöckenrock, in all. Farben bis Größe 54 nur 29.-	Ski-Anzüge 18.- f. Dam., schnee- u. wetterfest, ab	Hemdblusen in vorzügl. Verarbeitg. auserlesenen Stoffen in 3 Serien nur 3.- 5.- 7.-	Besonders geeignete Festgeschenke: Reinwollene Herr.-Pullover und -Westen in schönen Mustern nur 9.-	Warme Herren u. Damen-Schlafanzüge nur 5.75
Ein Sortiment eleg. Woll- und Seiden-Kleider aus Flammg., Marocain, Aigulaine und ähnlichen Stoffen in allen Farben und Größen nur 17.-	Trainings-Anzüge für Damen und Herren in sportgerechter Verarbeitung . . . nur 6.50	Kleider- und Sport-Röcke in mod. Schnitten b. Größe 54 nur 5.- 7.- 9.-	Original-Wiener Strickpullover für Damen nur 7.-	Entscheidendes Nachthemd farbig m. geblüm. Rüsche und Putzarmeln . . . nur 4.75
	Damen-Regenschirme mit wundervollen Bezügen, teils mit Hohlblechen und a. p. z. ten Griffen nur 5.-	Beliebt u. dankbares Weihnachts-Geschenk: Morgenröcke in unermeßlicher Auswahl, vom einfachsten bis zum kostbarsten Genre. Extrawatte Morgenröcke für starke Damen zu denkbar niedrigen Preisen	Original-Wiener Strick-Westen nur 8.-	Gute Linon-Bettgarnituren in Deckbattu 2 Kissen nur 6.75